

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Yves Defferrard: Der Unia-Industriechef im grossen Interview. Seite 5

Läck Beck!



René Schweizer ist Bäcker-Konditor-Meister und **SVP-Politiker**. Er hat viele **Filialen** und **Ämtli**. Und er steht im Visier des **Lehrlingsamtes** und der **Lebensmittel-Kontrolle**. Seite 3

FOTOS: KEYSTONE (2) / MARCO ZANONI / ZVG

Löhne und Renten rauf!

Darum ist die nationale Kaufkraft-Kundgebung so wichtig. Seite 4

Lernende, kennt eure Rechte!

Der grosse work-Ratgeber für alle Stiftinnen und Stifte. Seiten 14-15

Nanny erzieht die Hollywood-Bosse

«Die Nanny» Fran Drescher ist jetzt auch Gewerkschafts-Chefin und führt den Streik der Schauspielerinnen und Film-Autoren an. Seite 7





workedito
Anne-Sophie Zbinden

JETZT GEHT'S ANS LÄBIGE

Es begann schon vor einiger Zeit, doch nun häufen sich die Anzeichen. Da war diese Frau im Supermarkt, die kopfschüttelnd das Olivenöl wieder ins Regal zurückstellte und dazu murmelte: «Das isch ztüür.» Da war dieses Video («20 Minuten») über

Was es braucht, sind ganz reale Lohnerhöhungen im Hier und Herbst!

eine Familie: zwei Kinder, beide Eltern zu 100 Prozent berufstätig, Einkommen 8500 Franken. Am Ende des Monats bleibt ihnen: nichts. Da sind

diese Kommentare zu Artikeln über die Teuerung & Co.: «am Ende des Monats lasse ich eine Mahlzeit pro Tag aus» oder «ich überlege mir, einen zweiten Job zu suchen» ...

LÄPPISCH. Im Jargon heisst das Kaufkraftverlust, Teuerung, Inflation ... zu schweizerdeutsch: es geht ans Läbige. Und zwar deshalb, weil die Löhne nicht mit den Kosten Schritt halten. Zum Beispiel die Krankenkassenprämien: Seit 1997 sind die Prämien um 142 Prozent gestiegen, die Löhne hingegen um läppische 15 Prozent (die eindrückliche Grafik finden Sie auf Seite 4). Oder die Mieten: Der Gewerkschaftsbund hat berechnet, dass die Mieten bis Ende 2024 um bis zu 8 Prozent steigen werden. Und das, obwohl viele Arbeitnehmende für 2023 nicht einmal den Teuerungsausgleich erhalten haben.

Gleichzeitig verbuchen Konzerne Rekordgewinne. Eine Schelmin, die denkt, da gebe es einen Zusammenhang. Wenn da nicht die Zahlen wären. Zum Beispiel in der Energiebranche. Der US-amerikanische Erdölriese Exxon Mobile hat 2022 über 55 Milliarden Gewinn kassiert. Das sind 140 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Verdacht liegt nahe, dass Exxon Mobile die Energiekrise schamlos ausnutzt, um die Preise nach seinem Gusto zu erhöhen. Gierflation heisst das.

GALAKTISCH. Die «Handelszeitung» hat dazu 146 börsennotierte Schweizer Firmen untersucht und kommt zum Schluss: Nach der Pandemie haben diese Firmen zwar mehr Gewinn gemacht als vor der Pandemie, aber durchschnittlich nur um 1 bis 1,5 Prozent. Ganz anders im Rohstoffsektor. Dort gingen die Gewinne durch die Decke: So verdiente etwa der Zuger Konzern Glencore im vergangenen Jahr über 7 Milliarden Franken. Gegenüber 2019 hat sich der Gewinn von Glencore somit fast verdreifacht.

Eine Übergewinnsteuer würde diese überproportionalen Gewinne ausgleichen, umverteilen. Die Idee ist nicht neu: Während des Ersten und des Zweiten Weltkrieges wurde in den USA eine Übergewinnsteuer von bis zu 95 Prozent eingeführt. Länder wie Belgien oder Spanien haben sie jetzt wieder. Doch in der Schweiz wird eine solche Steuer von den Marktgläubigen bekämpft, denn sie wäre eine ganz böse Hexe im Märchen vom freien Markt.

TRÄUMERISCH. Dass wir an Märchen glauben, möchte wohl auch Wirtschaftspräsident und Glücksforscher Mathias Binswanger. In der «Sonntagszeitung» gab er unverblümt zum besten, dass man in der Schweiz natürlich nie durch Arbeit allein reich werden könne, sondern am richtigen Ort arbeiten müsse oder in der richtigen Branche. Wichtig sei aber, dass die Menschen an die Möglichkeit glaubten, reich zu werden. Wie in den USA, wo der amerikanische Traum vom Tellerwäscher, der es zum Millionär schaffen könne, noch viel weiter verbreitet sei. Rekordgewinne für Konzerne, neoliberale Märchen fürs Volk. Was es stattdessen braucht, sind ganz reale Lohnerhöhungen im Hier und Herbst! Denn die Frau im Supermarkt wollte keine Märchen hören, sondern Olivenöl kaufen.

Temperatur-Tortur in Warenhallen und Laden-Filialen Gnadenlose Gluthitze unter dem Glasdach

Innentemperaturen von knapp 30 Grad: Für Verkäufer und Logistikerinnen können Hitzetage zur Qual werden. Doch eine verbindliche Norm dazu, welche Temperatur noch zulässig ist, gibt es hierzulande nicht.

CHRISTIAN EGG

Diesen Sommer kam die Hitze früh: Schon Mitte Juni wurde es über 30 Grad heiss – in Chur sogar 35 Grad. Im Juli folgte eine zweite Hitzewelle mit Spitzwerten bis 37 Grad. Für Bauleute sind solche Temperaturen gefährlich: Es drohen Sonnenstich und Hitzschlag, das Unfallrisiko steigt (work berichtete: rebrand.ly/hitzebau).

Viele Medien machten über den Sommer die Hitze am Arbeitsplatz zum Thema. Meist mit mehr oder weniger originellen

Im Verkauf sollte die Temperatur am Arbeitsplatz zwischen 18 und 21 Grad liegen.

Tipps für Menschen, die im Büro arbeiten. Ein Problem sind heisse Temperaturen aber auch für alle, die in unklimateilerten und schlecht isolierten Räumen arbeiten müssen – etwa in Logistikhallen oder grossen Verkaufszentren wie Baumärkten. Im Hauptlager von Digitec Galaxus, dem grössten Online-Händler der Schweiz, kämpfen Mitarbeitende wegen der Hitze regelmässig mit Übelkeit und Kreislaufproblemen (work berichtete: rebrand.ly/galaxus).

Das Problem: Diese Hallen sind in der Regel aus Blech gebaut – und heizen sich an der Sonne gnadenlos auf. Und die meisten Mitarbeitenden darin sitzen nicht am Schreibtisch, sondern sind oft stundenlang auf den Beinen. Sie wären also erst recht angewiesen auf eine Temperatur am Arbeitsplatz, die nicht gesundheitsschädigend ist.

«EINE ZUMUTUNG»

Zum Beispiel in der Jumbo-Filiale in Meyrin bei Genf. Während der Hitzewellen war es im Inneren gegen 30 Grad heiss.



WIE IM TREIBHAUS: In der Jumbo-Filiale in Meyrin GE brennt die Sonne durch das Glasdach direkt auf die Kassen der Gartenabteilung. Für die Mitarbeitenden schier unerträglich. FOTO: PD

Mehr noch: Am Nachmittag brannte die Sonne durch das Glasdach direkt auf die Kassen der Gartenabteilung. In der französischsprachigen Unia-Zeitung «Événement» sagt ein Jumbo-Mitarbeiter: «In dieser Hitze zu arbeiten ist eine Zumutung. Zudem spiegelt das Licht so stark, dass wir den Bildschirm der Kasse nicht mehr lesen können.»

KLARE REGELN IN DEUTSCHLAND

Wie heiss darf es am Arbeitsplatz sein? In Deutschland ist die Frage gesetzlich geregelt: In Innenräumen sollen Arbeitgeber bereits ab 26 Grad etwas gegen die Hitze unternehmen. Ab 30 Grad sind sie zwingend zu Massnahmen verpflichtet. Und in Räumen mit über 35 Grad darf nicht gearbeitet werden.

Im Schweizer Recht gibt es keine solchen Obergrenzen. Das Arbeitsgesetz verpflichtet aber Betriebe dazu, «alle Massnahmen» zu treffen, die zum Schutz der Gesundheit «notwendig, anwendbar und angemessen» sind. Das Raumklima muss zudem «der Art der Arbeit angemessen» sein. Für «leichte bis mittelschwere» Arbeit wie den Verkauf hält das Seco in einer Wegleitung fest: Die günstige Temperatur liegt zwischen 18 und 21 Grad – während Hitzeperioden müssten aller-

dings auch höhere Temperaturen «toleriert» werden.

MEHR PAUSEN – ABER NICHT FÜR ALLE

In Meyrin liess Coop-Tochter Jumbo Ventilatoren und gekühltes Wasser für die Mitarbeitenden bereitstellen, erlaubte das Tragen von kurzen Hosen sowie zusätzliche Pausen – letztere allerdings

Mehr nützen als Ventilatoren würden Sonnenstoren.

nicht für Mitarbeitende an der Kasse. Sie dürfen ihren Posten nur verlassen, wenn es der Chef erlaubt. Hinter den Kassen liess der Filialeiter zudem einen Sonnenschirm aufstellen – «unge-nügend», befand der zitierte Mitarbeiter.

Laut Christine Michel, Unia-Expertin für Arbeitssicherheit, greifen diese Massnahmen zu kurz, zumindest für die Leute an der Kasse: «Sie lösen das Problem nicht wirklich, machen höchstens die Hitze erträglicher.» Sinnvoller, so Michel, wäre eine technische Lösung – etwa eine Klimaanlage oder Sonnenstoren am Glasdach: «Das käme allen zugute, weil es verhindern würde, dass es in der Filiale überhaupt so heiss wird. Problem gelöst.»

Ganz grosses Kino abseits der Piazza Grande in Locarno: Unia-Präsidentin Vania Alleva trifft Star-Regisseur Ken Loach



PROMINENZ IN LOCARNO: Regisseur Ken Loach, zwei DPD-Fahrer, die Repressalien fürchten, wenn sie sich in der Öffentlichkeit zeigen, Unia-Präsidentin Vania Alleva und Drehbuchautor Paul Laverty (v. l.). Ken Loach hat in Locarno für seinen neusten Film «The Old Oak» den Publikumspreis erhalten. FOTO: FRANCESCO BONSAVER

Ken Loach (87) gehört zu den ganz Grossen des sozialkritischen Kinos. Am Rande des Filmfestivals in Locarno hat Unia-Präsidentin Vania Alleva den preisgekrönten Filmregisseur getroffen. Ken Loach bildet in seinen Filmen den ungeschminkten, alltäglichen Kampf der «working class» ab. So etwa auch in «Sorry, We Missed You», in dem es um die haarsträubenden Arbeitsbedingungen von Päcklikurieren geht. Das Engagement des unerschütterlichen Linken geht weit über die Filmproduktion hinaus: Als der Kurierdienst DPD 2022 in Giubiasco TI vier Fahrer schasste, rief er zum DPD-Boycott auf (work berichtete: rebrand.ly/boycott).

UNERMÜDLICH. Unia-Präsidentin Alleva sagt über das Treffen mit Loach: «Ken ist wirklich ein sehr feiner Mensch. Mich beeindruckten sein Durchhaltevermögen und seine gelebte Überzeugung, dass wir uns nicht zurücklehnen können, solange es Arm und Reich gibt.» Loach sagte über sich selbst, er wolle konkrete Verbesserungen bewirken, und fragte die Unia: «Was kann ich für euch tun?» Wenn das nicht der Beginn einer wunderbaren Zusammenarbeit ist ... (asz)



GRUUSIG! Fotos der Konditorinnen zeigen die unappetitlichen Zustände in der Voland-Bäckerei. Chef und SVP-Nationalratskandidat René Schweizer (im Bild) sieht kein Problem. FOTOS: ZVG

Ekel-Alarm in Zürcher Backstube: Voland-Konditorinnen berichten über Käfer, Würmer und abgelaufene Zutaten

Das ist doch der Gipfel!

Die Konditorei-Kette Voland aus dem Zürcher Oberland hat ein Hygieneproblem. Die Gesundheitsdirektion ermittelt. Doch der strittige Bäckermeister kümmert sich lieber um seine SVP-Nationalratskandidatur.

JONAS KOMPOSCH

Am Fuss des Hörnli, im hintersten Winkel des Zürcher Oberlands liegt das Dorf Steg. Dort führt René Schweizer (51) die Konditorei Voland – und zwar mit beträchtlichem Erfolg. Sein Unternehmen hat sich binnen zwanzig Jahren zum regionalen Branchenprimus gemausert. In bald zwölf Filialen verkauft es Backwaren, Pralinen und andere Leckereien. Schweizer's Marktmacht zeigt sich auch im Zürcher Bäcker- und Confiseur-Meisterverband, dessen Vizepräsident er ist. Nebenbei amtiert er als Berufsschullehrer und Prüfungsexperte, sitzt im Vorstand des kantonalen Gewerbeverbands und ist Chef der SVP Bezirk Hinwil. Im Herbst will Schweizer für die Sünneli-Partei sogar in den Nationalrat einziehen. Doch jetzt erheben mehrere Voland-Mitarbeitende schwere Vorwürfe gegen ihren Chef.

ES KREUCHT UND FLEUCHT

Eine von ihnen ist Marlene Plüss*: «Sauberkeit wurde an meinem Arbeitsplatz noch nie grossgeschrieben», sagt die Konditorin zu work. Zuletzt aber habe es sie «nur noch gruuset». Ihr Schlüsselerslebnis hatte Plüss im Juli, als sie am Produktionsstandort in Steg im Lager zu tun hatte: «Dass ich da ein paar abgelaufene Lebensmittel finden würde, war klar.» Schliesslich komme das auch in anderen Firmen mal vor. Ganz besonders, wenn man gleich palettenweise bestelle, bloss weil irgendwo eine Rabattaktion laufe. Schockiert habe sie das Ausmass: «Literweise Pflanzenöl, abgelaufen im letzten Sommer. Schachteln voller Schokoladen-Couverture und Kübel voller Mandelmasse, beides «drüber» seit Winter 2022. Zudem Unmengen an Dosenbirnen sowie Rhabarber- und Apri-

kosenkompott, alles abgelaufen seit 2021.» Selbst bei den tierischen Produkten sei es nicht besser gewesen: «Ich fand Gelatine, abgelaufen im April, Flüssigei-Masse, abgelaufen im Juni, und im Gefrierschrank lagen sogar abgelaufene Pouletschnitzel.» Unia-Mitglied Plüss fotografierte alles – auch die Küchenschaben im Geschirrspüler, die verschmierten Regale, die gammigen Fugen der Kühlschranktüren, den Schleim auf den Behältern mit Berlinerfüllung, den Wandschimmel im Speditionsbereich und diese eine Ecke zuhinterst im Lagerraum: «Da hatte es so kleine schwarze Krümel – für mich klar Mäusekot.»

KONTROLLEURE AUSGETRICKST

So oder so. Plüss hatte genug gesehen. Sie beschloss, ihre Gewerkschaft zu informieren. Alles andere habe ja nichts gebracht – weder ihre wiederholten Reklamationen bei René Schweizer noch die Lebensmittelkontrollen des kantonalen Labors. Das wirft Fragen auf. Zumal mehrere Voland-Mitarbeitende den Eindruck haben, der zuständige Lebensmittelinspekteur schaue nicht genau hin. Eine andere Erklärung hat Sophie Meier*, die unterdessen enttäuscht gekündigt hat: «Wenn mal wieder ein «Lebensmittler» vorbeikommt, haben wir ihn einfach hereingelegt. Während er sich einen sauberen Kühlschrank anschaut, räumen wir anderswo die abgelaufene Ware weg.» Freiwillig habe sie das nicht getan, betont Meier, «sondern auf Anweisung der Vorgesetzten». Diese hätten aber noch ganz andere Befehle erteilt.

WÜRMER IN NUSSMASSE

Meier erzählt: «Einmal fanden wir in der Haselnussmasse Würmer und Käfer. Wir wollten die Ware entsorgen. Doch das wurde uns verboten. Wir mussten die Masse in die Gefriertruhe legen, um die Tiere abzutöten. Später wurde alles normal verarbeitet.» Unabhängig von Meier erzählt auch Konditorin Hanna Hegglin* von diesem Vorfall: «Das Zeug landete einfach in den Nussgipfeln.» Aber auch sonst seien immer wieder mal abgelaufene Lebensmittel verarbeitet worden, versichert Hegglin. Verschiedene Vorgesetzte und auch Chef Schweizer seien darauf aufmerksam gemacht worden – vergeblich. In Extremfällen griff Hegglin deshalb selber durch: «Einmal, als die Chefs gerade nicht aufpassten, habe ich einen Kübel voll altem Eigelb einfach weggeleert.» Kurzen Prozess machte auch Unia-Sekretär Lukas

Auer, als ihm Plüss die Ekel-Fotos zeigte. Sofort informierte er die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) und deponierte bei ihr eine Aufsichtsbeschwerde. Auf Anfrage bestätigt die Direktion ein laufendes Verfahren. Den Hinweisen auf Missstände bei Voland werde nachgegangen, erste Schritte seien bereits eingeleitet worden. Auch die Vorwürfe gegen das Lebensmittelinspektorat würden «genauestens geprüft».

Bäckermeister Schweizer hingegen sieht keinen Handlungsbedarf. Er hält sämtliche Vorwürfe für eine Verschwörung unehrlicher Mitarbeitender. Das erklärt er work telefonisch und schriftlich. Doch für einen Zeitungsartikel will er seine Zitate nicht freigeben. Dafür schickt er – ungefragt – heikle persönliche Mitarbeiterdaten. Vorerst bleibt also nur zu hoffen, dass der SVP-Mann bei der

Betriebshygiene nicht so tickt wie bei der Pandemiebekämpfung. So erklärte er dem «Tages-Anzeiger» mitten im Corona-Hoch, weshalb er sich nicht impfen lässt: «Wenn man bodenständig ist und Wurzeln hat, fällt man ja nicht gleich um.»

Lernende bei Voland: Auch Lehrlingsamt alarmiert

Mehrere ehemalige Voland-Stifte beklagen, während ihrer Lehre kaum oder gar nicht betreut worden zu sein. Eine Betroffene zu work: «Ich hatte in drei Jahren nur während sechs Monaten eine Lehrlingsbetreuerin.» Eine andere sagt: «Ich wurde in meiner ganzen Prüfungsphase alleingelassen.» Auch aktuell sei die Situation prekär – dies auch hinsichtlich der Überstunden. Aufgrund schlechter Personalplanung und vieler Abgänge sei der Betrieb noch immer im «Weihnachtsmodus», also unter enormer Arbeitsbelastung. Sämtliche Auskunftspersonen versichern zudem, die Stundenrapporte von Voland stimmten in der Regel nicht mit ihrer eigenen Buchführung überein. Nun haben Mitarbeitende – zum wiederholten Mal – das Lehrlingsamt eingeschaltet. Die zuständige Berufsinspektorin Melanie Schürch bestätigt: «Gespräche laufen.» (jok)

Gewalt-tätiger Bauchef verurteilt

BASEL. Im Sommer 2021 empörte sich der Chef der Basler Tiefbaufirma Hans Reich AG auf der Website des Bau- und Gewerkschaftenverbands: «Im August haben Gewerkschafter eine unserer Strassenbaustellen betreten und sofort begonnen, mit meinen Angestellten zu diskutieren.» Weiter beklagte er, Opfer von «Falschschulldigungen» der Unia geworden zu sein. Das sieht die Staatsanwaltschaft anders. Sie verurteilte den Baumeister jetzt wegen mehrfacher Tötlichkeiten zu einer Busse. Er habe eine Unia-Sekretärin an den Armen gepackt und sie gewaltsam zur Seite gezerrt, eine zweite Gewerkschafterin habe er sogar geschlagen.

Bürgergeld per SMS gestrichen

ROM. Vor knapp einem Jahr wurde die Neofaschistin Giorgia Meloni zur Ministerpräsidentin Italiens gewählt. Ihre Ziele: Abtreibungen verbieten, Gewerkschaften entmachten und Migration verhindern. Ihr neuester Streich: Per SMS liess sie 170 000 armen Haushalte ausrichten, dass sie in Zukunft



STOP, MELONI! Oppositions-Chefin Elly Schlein. FOTO: KEYSTONE

keinen Cent Bürgergeld mehr erhalten. Dieser Angriff auf die Sozialhilfe führte postwendend zu Protesten. Oppositionschefin Elly Schlein spricht von einem «Krieg gegen die Ärmsten».

Kolumbien will Glencore bändigen

BOGOTÁ. Bei seinem Besuch in Kolumbien hat Bundespräsident Alain Berset Gustavo Petro getroffen. Kolumbiens erster linker Präsident sprach mit Berset auch über Glencores Machenschaften in der Kohleminen El Cerrejón. Wegen Wasserknappheit erliess Kolumbien im Juli ein ökosoziales Notstandsgesetz für die Region. Dieses soll auch verhindern, dass der Zuger Rohstoffkonzern seine Megamine weiter ausbaut. Glencore verlangt deshalb von Kolumbien vor einem Investitionsschutzgericht 19 Milliarden US-Dollar.

Schmuddel-Labor schliesst Tore

FRAUENFELD. Zu Spitzenzeiten der Coronapandemie machte die Thurgauer Misanto AG mit ihren Testzentren riesige Profite. Damals beschäftigte die Firma 140 Mitarbeitende. Doch sauber war die Angelegenheit nicht: Mitarbeiterinnen berichteten im work von gepanschten Speichelproben und Essensresten auf Labortischen. Nach der Pandemie wollte die Firma ihre Testzentren in Arztpraxen umfunktionieren. Doch das wollte das Aktionariat nicht. Nun macht Misanto dicht und entlässt auch die letzten zehn Mitarbeitenden.

*Name geändert

Alles wird teurer, die Lohnabhängigen arbeiten produktiver – aber die Arbeitgeber geizen

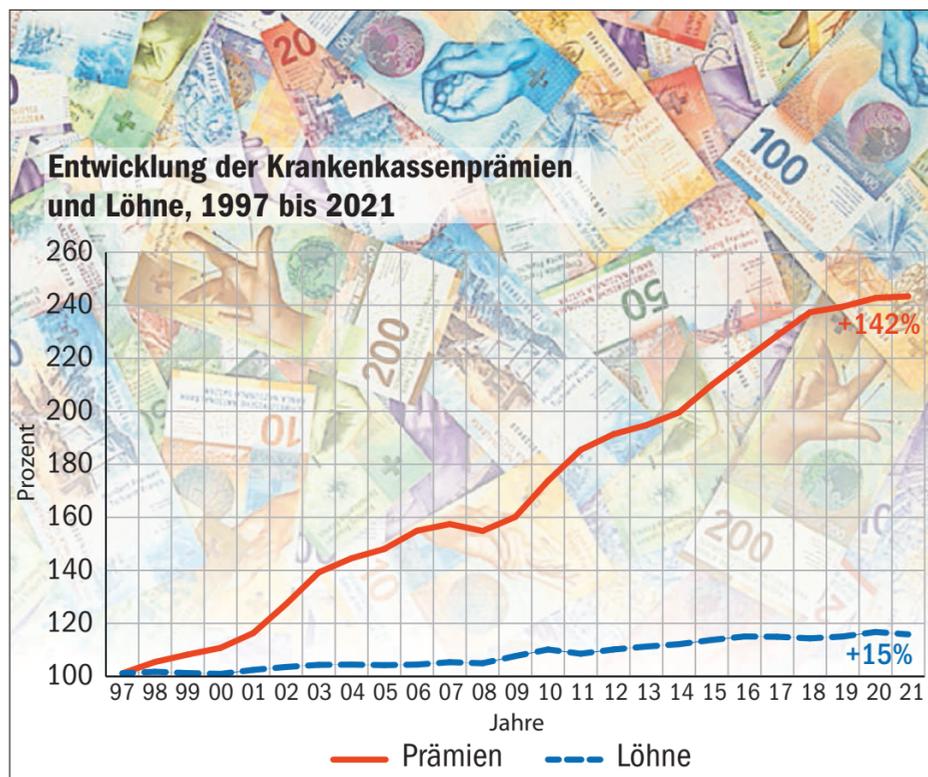
Mehr Lohn ist dringend nötig!

Hohe Inflation, steigende Wohnkosten und erdrückende Krankenkassenprämien: Die Portemonnaies der Lohnabhängigen werden immer schmaler, während die Unternehmensgewinne explodieren und die Reichen immer noch reicher werden. Jetzt müssen die Löhne rauf!

CLEMENS STUDER

Die ökonomischen Eckdaten zeigen es deutlich, die Mehrheit im Land spürt es tagtäglich schmerzhaft am eigenen Kontostand: Die finanzielle Lage der Schweizer Lohnabhängigen und Rentenbezüglerinnen und -bezügler hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert – und wird sich weiter verschlechtern, wenn nicht energisch Gegensteuer gegeben wird.

Denn auch auf nächstes Jahr werden Mieten und Krankenkassenprämien erneut kräftig steigen. Dazu kommt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent. Was das konkret be-



PRÄMIEN EXPLODIEREN, LÖHNE STAGNIEREN: Seit 1997 sind die Krankenkassenprämien um ganze 142 Prozent gestiegen, während die Löhne nur um 15 Prozent zulegen. FOTO: SNB / GRAFIK: SGB, WORK

Ohne Lohnerhöhung wird ein Paar mit zwei Kindern nächstes Jahr 3000 Franken weniger zur Verfügung haben.

deutet, haben die Expertinnen und Experten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) ausgerechnet: Wenn es keine Lohnerhöhung gibt, wird ein Paar mit zwei Kindern im kommenden Jahr 3000 Franken weniger zur Verfügung haben. Gleichzeitig explodieren die Unternehmensgewinne. Gerade Nahrungsmittelmultis erhöhen ihre Profite massiv – und feiern sich dafür ungeniert. Und die Immobilienhaie pressen noch mehr aus den Mieterinnen

heraus – obwohl sie bereits heute Jahr für Jahr gesetzeswidrig Milliarden zu viel kassieren.

LOHNKLAU

Der Lohnrückstand ist mittlerweile gross. Nicht «nur» wegen der Teuerung, die in den letzten beiden Jahren stark angezogen hat. Für den Lohnrückstand verantwortlich sind auch die Unternehmen, die seit Jahren die Produktivitätsfortschritte nicht an jene weitergeben, die sie erarbeitet haben.

Denn eigentlich ist es ganz einfach: Wenn die Löhne nicht so stark steigen wie die Teuerung und die Arbeitsproduktivität, machen Aktionariat und Abzocker-Chefetagern noch mehr

Profit auf dem Buckel der Lohnabhängigen. Vereinfacht: Dividenden steigen, die Löhne sinken real. Das ist in der Schweiz seit Jahren der Fall: Seit 2015 stiegen die Nominallöhne um rund 7,5 Prozent, während Teuerung und Produktivität zusammen um mehr als 14 Prozent zulegten. Ähnlich ist das Bild auch, wenn der Zeitraum von 2010 bis 2023 verglichen wird. Der Lohnrückstand beträgt über 5 Prozent.

SCHLUSS MIT AUSREDEN

Besonders stark sind untere und mittlere Einkommen betroffen. Bei ihnen schlagen sinkende Reallöhne unmittelbar auf die Lebensqualität durch. Sie können nicht einfach weniger sparen,

weil sie bereits jetzt eng budgetieren müssen. Real weniger Geld im Portemonnaie heisst für sie konkret: weniger Geld für Lebensmittel ausgeben, Ausflüge und Ferien streichen, weniger oder keine Kino- oder Fussballmatchbesuche usw.

Darum fordern die Gewerkschaften für diesen Lohnherbst 5 Prozent mehr Lohn. SGB-Chefökonom Daniel Lampart sagt: «Eine Lohnerhöhung von 5 Prozent ist nötig, der Nachholbedarf der letzten Jahre ist erheblich. Das Produktivitätswachstum und das wirtschaftliche Umfeld erlauben diese Lohnerhöhung.» Und SGB-Präsident und SP-Nationalrat Pierre-Yves Maillard bringt es so auf den Punkt: «Firmen erhöhen ihre Preise. Geht es hingegen um die Löhne, heisst es, die Kassen seien leer. So kann es nicht weitergehen, mit den Löhnen muss es aufwärtsgehen.»

FRAUEN BESONDERS BETROFFEN

Das ist gerade für Frauen zentral. Denn, so erklärt Véronique Polito, Vizepräsidentin der Unia: «Die Löhne in den Branchen mit Frauenmehrheit haben sich unterdurchschnittlich entwickelt, den Reallohnverlust der letzten drei Jahre bekommen die Frauen noch mehr zu spüren. Das muss sich nun ändern. Das Geld für Verbesserungen ist vorhanden, denn den Firmen geht es in sehr vielen Branchen ausgezeichnet.» Was die Unia in den Branchen konkret fordert, steht im Artikel unten.



Teuerung ausgleichen, Reallöhne rauf: Das fordert die Unia in den einzelnen Branchen

An der Medienkonferenz des Gewerkschaftsbunds hat Unia-Vizepräsidentin Véronique Polito die Lage in den wichtigsten Unia-Branchen analysiert und die Unia-Forderungen erläutert. work fasst zusammen:



FORDERUNGEN PRÄSENTIERT: Unia-Vizechefin Véronique Polito. FOTO: UNIA

● **Detailhandel:** Die Branche ist gut unterwegs. Die Umsätze sind seit der Corona-Pandemie stark gestiegen. Die Detailhandelsketten haben Preiserhöhungen auf die Konsumierenden abgewälzt (siehe dazu Seite 13 unten), aber die Löhne haben mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Sie sind im Vergleich zu anderen Branchen zu niedrig, und die Inflation wurde nicht vollständig ausgeglichen. Das heisst: die Reallöhne der Angestellten sinken. Deshalb fordert die Unia in dieser Branche den vollen Teuerungsausgleich und das Aufholen von Kaufkraftverlusten, eine konsequente Erhöhung der Mindestlöhne und Realloohnerhöhungen für alle.

● **Temporärbranche:** Kaum eine andere Branche hat sich in so kurzer Zeit so stark entwickelt. Seit 2012 hat die Temporärbranche ihre Lohnsumme fast verdoppelt. Doch es handelt sich um eine Branche mit prekären Arbeitsbedingungen, Kettenarbeitsverträge

(also die Aneinanderreihung befristeter Arbeitsverträge) und zweitägige Kündigungsfristen sind die Norm. Die Löhne müssen auch deshalb deutlich erhöht werden, um die von den Arbeitnehmenden getragenen Risiken abzugelten. Die Unia fordert deshalb den vollständigen Teuerungsausgleich und eine reale Erhöhung der Mindestlöhne um 200 bis 250 Franken.

● **Bauhauptgewerbe:** Die Auftragsbücher der Baumeister sind seit Jahren prall gefüllt. In den letzten 15 Jahren wurde mit gleich vielen Bauleuten ein immer höherer Umsatz erzielt. Zusammen mit dem steigenden Druck dürften die stagnierenden Löhne verantwortlich sein für den akuten Fachkräftemangel: Heute verlässt jeder zweite Maurer die Branche, und laut einer Studie des Baumeisterverbandes ist 2040 jede sechste Stelle unbe-

setzt. Diesen Problemen muss mit attraktiven Lohnbedingungen begegnet werden. Darum fordert die Unia den vollen Teuerungsausgleich plus mindestens 1 Prozent Lohnerhöhung für alle.

● **Ausbaugewerbe:** Auch hier steigt die Arbeitslast, und die Löhne stagnieren. Gerade in den Schlüsselbranchen für die Energiewende, der Gebäudetechnik und der Elektrobranche, herrscht ein eklatanter Fachkräftemangel (work berichtete: rebrand.ly/Ausbaugewerbe). Wollen die Chefs ihre Fachkräfte halten und Junge für diese Berufe begeistern, dann müssen die Arbeitsbedingungen und die Löhne im Ausbaugewerbe deutlich besser werden. Es kann

Die Detailhändler erhöhen die Preise, aber nicht die Löhne.

nicht sein, dass die Arbeitenden immer mehr chrapfen sollen und dafür immer weniger Geld in der Tasche haben. In den Branchen des Ausbaugewerbes wird die Unia den vollständigen Ausgleich der gestiegenen Lebenshaltungskosten fordern plus 1 Prozent mehr Lohn für alle.

● **Uhrenindustrie:** In den Betrieben, die dem Gesamtarbeitsver-

trag (GAV) unterstehen, wurde auf allen Löhnen per 1. Januar 2023 die Teuerung (3,5 Prozent) ausgeglichen. Die Unia konnte diesen Ausgleich dank dem GAV aushandeln, in dem der Grundsatz des Lohnschutzes schon seit langem verankert ist. Trotzdem bleiben die Löhne in dieser Luxusgüterindustrie, die in den letzten Jahren Umsatzrekorde gebrochen hat, insgesamt hinter den Erwartungen zurück.

● **Pharma & Chemie:** Die Pharma- und Chemieindustrie steht sinnbildlich für die Gier des Aktionariats und der Chefetagen: Während die Dividenden und die Managerlöhne steigen, sind die Löhne der Mitarbeitenden gesunken. Ein besonders drastisches Beispiel: Im Jahr 2021 erhielt der damalige Roche-CEO Severin Schwan 307 Mal mehr Lohn als die am schlechtesten bezahlte Mitarbeitende. Daher bereitet die Unia eine Lohnforderung vor, die den vollen Teuerungsausgleich, den Ausgleich der steigenden Krankenkassenprämien und eine Realloohnerhöhung vorsieht, das heisst eine Erhöhung um rund 5 Prozent. (cs)

Zur Lage in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) und der Gastrobranche siehe Seiten 5 und 8.

Renten-Protest: Für ein gutes Leben im Alter

Die Rentnerinnen und Rentner der Unia rufen für den 25. September

75 Jahre AHV Die Stunde der Senior:innen

Montag, 25. September, 15 bis 16 Uhr, Waisenhausplatz, Bern

mit weiteren ehemaligen Aktiven der SGB-Verbände und Pensionierorganisationen zu einer «Stunde der Senior:innen» auf.

PROTEST-FEIER. An der Kundgebung auf dem Berner Waisenhausplatz wollen die Rentnerinnen und Rentner einerseits an das 75-Jahr-Jubiläum der AHV-Einführung erinnern. Und andererseits dagegen protestieren, dass der seit 1925 in der Verfassung verankerte Grundsatz einer Rente, die zum Leben reicht, noch immer nicht umgesetzt ist. Die Seniorinnen und Senioren fordern unter anderem eine 13. AHV-Rente und mehr Prämienverbilligungen für tiefe Renteneinkommen. Ausserdem bekämpfen sie gemeinsam mit den Jüngeren die aktuelle BVG-Abbauvorlage. (cs)

ANGRIFFE ABGEWEHRT: Die von den Chefs geplante Arbeitszeitverlängerung konnten Yves Defferrard und seine Kolleginnen und Kollegen verhindern. FOTO: MARCO ZANONI



Unia-Industriechef Yves Defferrard (57) über Trophäen, Teuerung und tatenlose Politik

«Es braucht eine Industrieministerin!»

Für Yves Defferrard ist klar: die Industrie-Patrons haben eine Chance verpasst, die Branche für Fachleute attraktiver zu machen. Im grossen work-Interview erklärt der Unia-Industriechef, wie es dazu kam.

IWAN SCHAUWECKER

work: Hatten Sie schöne Ferien?

Yves Defferrard: Ja, sehr, ich habe mit meiner Partnerin einen Roadtrip durch Deutschland, Polen und die Slowakei gemacht. In Polen lernten wir viel über die Gewerkschaft Solidarność, die dort in den 1980er Jahren für die Demokratie gekämpft hat. Ich konnte aber auch gut von der Arbeit abschalten.

Vor den Ferien haben Sie mit den Industriechefs die Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrages der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-GAV) verhandelt. Das Resultat: Der bestehende Vertrag wird verlängert, doch ohne Verbesserungen für die Arbeitenden.

Das stimmt leider. Mit einem Vertrag, der keinerlei Fortschritte bringt, können wir nicht zufrieden sein. Und doch haben die Unia-Delegierten der Branche der Verlängerung des bestehenden Vertrages im Juni einstimmig zugestimmt.

Das zeigt, dass wir in der gegenwärtigen Situation das Richtige für die Arbeiterinnen und Arbeiter erreicht haben.

Was bedeutet «das Richtige»?

Zentral war, dass wir die Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Stunden pro Woche verhindern konnten. Denn Swissmem wollte dies in den Verhandlungen unbedingt erreichen. Das wäre für den Swissmem-Direktor und Zürcher FDP-Mann Stefan Brupba-

cher eine persönliche Trophäe gewesen. Auch die automatische Anpassung der Mindestlöhne an die Teuerung konnten wir verteidigen. Ein wichtiger Punkt, auch für Lohnverhandlungen in anderen Branchen.

Was gibt es ausserdem Positives aus den Verhandlungen zu berichten?

Wir haben die Mitglieder in den Betrieben einbezogen und unsere Verhandlungsziele nach ihren Bedürfnissen gerichtet, das ist mir besonders wichtig. Was auch erfreulich ist: Wir konnten als Arbeitnehmendenorganisationen (Unia, Syna, KV, Angestellte Schweiz Anm. der Red.) gemeinsam auftreten und auch die Verhandlungen gemeinsam führen.

Warum war diese gemeinsame Position dennoch nicht überzeugender?

In Zeiten des Personalmangels müsste ein fortschrittlicher GAV eigentlich auch im Interesse der Firmen und ihrer Chefinnen und Chefs sein. Aber Swissmem wollte von dem gar nichts wissen und hat immer wieder die angeblich «katastrophale Lage» für die Industriebetriebe in der Schweiz betont. Es ist eine alte Leier und eine verpasste Chance. Schade!

Die Industrie wäre auch ein Schlüssel für die Energiewende. War das auch ein Thema?

Ja, wir hatten auch mehrere Forderungen in diesem Bereich. Leider gab es auch hier keinen Gestaltungswillen von Swissmem. Die Schweizer Regierung und auch die Kantone müssen die Industrie unterstützen bei der ökosozialen Transformation. Die Schweiz hätte Potential: Wir könnten Solarpanels, Windräder und vieles mehr in der Schweiz herstellen. Wir haben die Technik, wir haben die Forschung, und wir können Projekte umsetzen. Doch bei der Politik und in der industriellen Fertigung gibt es grosse Leerstellen und kaum eine ökosoziale Ausrichtung. Es wurden viele Leute entlassen, und jetzt fehlen die qualifizierten Mitarbeitenden. In der Schweiz haben wir zwar einen Wirtschaftsminister, aber einen Industrieminister oder eine -ministerin gibt es nicht. Das bräuchten wir aber. Denn wer keine Industriepolitik betreibt, macht einfach nur Industriepolitik für die Konzerne.

In letzter Zeit haben die Industrie-Büezerinnen und -Büezer wichtige Arbeitskämpfe geführt...

Ja, zum Beispiel bei der British American Tobacco (BAT). Diese hatte Ende 2022 die Schliessung der Parisisienne-Zigarettenfabrik in Boncourt im Jura angekündigt. Ich war dort während mehr als eines Monats vor Ort und habe an der Seite der Arbeiterinnen und Arbeiter gekämpft. Am Anfang der Verhandlungen hatten wir dort drei Mitglieder, am Ende über hundert! Wir konnten zwar die Schliessung des Werks nicht verhindern, aber dafür einen Sozialplan erstreiten, der diesen Namen auch verdient.

Wo konnte die Industriebranche sonst noch neue Mitglieder gewinnen?

Bei den Grosswäschereien in der Romandie etwa. Wir führen Verhandlungen für kollektive Arbeitsverträge und offerieren den oft sehr schlecht bezahlten Arbeiterinnen Sprachkurse. Das hat auch zum erfolgreichen Frauenstreik beigetragen.

Ein anderes Beispiel ist die Lonza, das Chemieunternehmen mit dem stark wachsenden Produktionsstandort in Visp. Dort konnten wir bei den Verhandlungen für den Kollektivarbeitsvertrag, der für etwa 1500 Arbeitende gilt, zahlreiche neue Mitglieder gewinnen. Oder bei Mondelez, wo wir in der Toblerone-Fabrik in Bern mit einer kämpferischen Belegschaft in die Lohnverhandlungen eingestiegen sind. Wir haben gezeigt, dass wir in der Industrie wachsen können. Das war über viele Jahre nicht mehr der Fall und ist ein sehr positives Zeichen.

MEM-GAV: Das steht drin

Der bestehende Gesamtarbeitsvertrag der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-GAV) wird um fünf Jahre verlängert und gilt neu bis Juni 2028.

40-STUNDEN-WOCHE. Der GAV enthält eine automatische Anpassung der Mindestlöhne an die Teuerung, die 40-Stunden-Woche, mindestens fünf Wochen Ferien, einen 13. Monatslohn sowie Mitwirkungsrechte für die Personalkommissionen. Der GAV regelt die Arbeitsverhältnisse für etwa 100'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in rund 530 Unternehmen und gehört damit zu den wichtigsten Verträgen in der Schweiz. (isc)

Nach brenzligen Verhandlungen: Metallgewerbe-GAV steht

Länger arbeiten lassen und weniger Schutz. Das wollten die Metallgewerbe-Chefs im Gesamtarbeitsvertrag verankern. Stattdessen gibt's nun eine Reihe kleiner Fortschritte.

JONAS KOMPOSCH

Am Schluss hat es doch noch geklappt: Der Landes-Gesamtarbeitsvertrag (LGAV) für das Metallgewerbe steht. Noch vor den Sommerferien haben die in der Unia organisierten Schmiede, Schlosserinnen, Metallbauer und Landmaschinenmechanikerinnen dem Vertragsentwurf zugestimmt. Damit tritt der neue GAV

Mit ihrem Radikalkurs kamen die Chefs nicht durch.

am 1. Januar in Kraft. Dieser war zuvor von den Gewerkschaften Unia und Syna sowie dem Arbeitgeberverband AM Suisse ausgehandelt worden. Er gilt vier Jahre lang und wird rund 20'000 Arbeitnehmende schützen. Allerdings ging dem Abschluss ein zähes Ringen voraus. Unia-Verhandlungsleiter Kaspar Bütikofer sagt: «Die Stimmung war zeitweise sehr gereizt. Wir standen sogar kurz vor dem Verhandlungsabbruch.»

KEIN LOHN, WENN KRANK? Die Metallgewerbetriebe-Chefs forderten nämlich die Einführung von Karenztagen. Konkret sollten kranke Mitarbeitende in den ersten drei Tagen gar keinen Lohn mehr bekommen. Zu-



KEINE WEITERE GRATIS-ARBEIT für Landmaschinenmechanikerinnen & Co.

dem verlangten die Arbeitgeber noch mehr Gratisüberstunden. Dabei können schon heute 100 Überstunden pro Jahr ohne Zuschlag ausbezahlt werden. Und drittens wollte AM Suisse etwa bessere Mindestlöhne nur gewähren, wenn ihre Forderungen akzeptiert würden. Da machten die Gewerkschaften nicht mit. Denn die Unia hatte von ihren Mitgliedern einen klaren Auftrag erhalten: Voller Einsatz für einen besseren LGAV. Letztlich mussten die Chefs vom Radikalkurs ablassen. Dafür gab es auch beim Zahltag nur wenig Bewegung.

FRÜHPENSION RÜCKT NÄHER. Immerhin steigen die Mindestlöhne um rund 3,8 Prozent gegenüber 2019. Das entspricht der Teuerung. Andererseits werden die Mindestlohnkategorien ab dem fünften Erfahrungsjahr gestrichen. Wiederum angehoben werden die Spesen fürs Zmittag (von 16 auf 18 Franken) und fürs eigene Fahrzeug (von 60 auf 70 Rappen).

Neu hält der LGAV zudem fest, dass Überstunden vorrangig kompensiert statt ausgezahlt werden sollen. Ältere langjährige Mitarbeitende geniessen überdies einen besseren Kündigungsschutz. Und bei Krankheit können neu 100 Prozent des Lohns statt nur 80 bezahlt werden. Endlich geht's auch bei der Frühpension vorwärts. Die Vertragsparteien haben beschlossen, gemeinsame Grundlagen für einen frühzeitigen Altersrücktritt zu erarbeiten.



ILLU: NINOTCHKA.CH

Ein anderer Knochenjob

Flüssige Leserinnen und Leser dieser Kolumne wissen: Meinen geliebten Maurerberuf musste ich an den Nagel hängen. Weil ich berufsbegleitend eine Ausbildung machen will, sich aber keine einzige Baufirma finden liess, die



Marius Käch ist gelernter Maurer und Gewerkschafter. Er arbeitet als Ausgräber in Zürich.

Teilzeitstellen anbietet. Und trotzdem: Wieder ist es früher Morgen, und ich stehe mit Helm und Arbeitsschuhen auf der Baustelle. Heute wird aber nicht geschalt, gemauert oder betoniert.

Mit Indiana Jones hat meine Arbeit als Ausgräber wenig zu tun.

Heute wird gebuddelt! Und zwar für die Kantonsarchäologie Zürich. Die betreibt auf einer Baustelle des Unispitals eine grosse Grabung. Im 19. Jahrhundert lag hier der Spitalfriedhof. Damit die Gräber und die rund 1500 Skelette nicht einfach weggebaggert werden, kommen die Archäologinnen und ihre Ausgräber wie ich. Wir bergen und dokumentieren die menschlichen Überreste, damit sie für die Erforschung der Krankheitsgeschichten unser Vorfahren zur Verfügung stehen.

SKELETTE. Es ist eine sehr spannende Arbeit, und wer einmal dabei war, weiss: mit Indiana Jones hat das Ganze wenig zu tun. Die Archäologie ist eine vielseitige Arbeit, aber ein Knochenjob. Wird auf Baugrund gegraben, sind wir noch vor dem Tiefbau vor Ort. Mit unserem Mini-Bagger ziehen wir kurze Gräben an verschiedenen Stellen. Denn über die Bodenbeschaffenheit können wir bereits viele Fragen beantworten. In welchen Schichten ist der Boden aufgebaut? In welcher Tiefe müssen wir graben? Gibt es moderne Störungen wie Baugruben oder Leitungen?

Für die Grabung in der Fläche tragen wir dann die Erde mit dem Bagger bis über die gewünschten Schichten ab. In unserem Fall, bis wir auf die ersten Anzeichen der Skelette oder Särge stossen. Heikle Präzisionsarbeit! Dann kommt der Hauptteil, die Handarbeit. Mit Spitzhacke und Schaufel beginnen wir vorsichtig. Die Werkzeuge passen wir stets den Funden und ihrem Kontext an. So greift man auch zu Pflastererhämmern und Maurerkellen. Pinsel und kleines Holzwerkzeug wird nur für ganz fragile Objekte wie Fingerknochen verwendet.

SÄRGE. So kommt Sarg um Sarg zum Vorschein. Und längst ist klar: Es waren nicht Herr und Frau «Reich», die hier ihre letzte Ruhe fanden. Alle Körper wurden seziiert, nicht wenige für medizinische Experimente gebraucht. Viele haben kaputte Zähne und Spuren harter Arbeit. Und manche wurden offensichtlich achtlos in die Särge geworfen. Da frage ich mich, wie das dereinst bei uns der Fall sein wird. Was wird die Archäologie der Zukunft aus unseren Gebeinen schliessen? Sicher ist: Auch Arbeitshetze und Überstunden werden Spuren hinterlassen.

Skrupelloser Temporär-Chef (31) zockt Arbeiter ab Mit Schimmelzimmer und Lohnschiss

Die Schwyzer Temporärbude Personal 365 bestellt einen Gärtner direkt aus Polen. Hier erwarten ihn ein feuchtes Kellerloch und 400 Franken Nettolohn für zwei Wochen chrampfen.

JONAS KOMPOSCH

Sofort ins Flugzeug solle er steigen. In der Schweiz warte eine gute Stelle auf ihn und eine ordentliche Unterkunft. So habe man es ihm versprochen, sagt Gärtner Viktor Kaminski* (51) zu work. Unverzüglich flog der Pole nach Zürich. Dort angekommen, unterzeichnete er einen Arbeitsvertrag mit der Firma, die ihn so dringend einbestellt hatte, mit der Temporärbude Personal 365 aus Pfäffikon SZ. Der Vertrag liegt work vor und ist sauber, wenn auch alles andere als grosszügig: Mit brutto 27 Franken pro Stunde liegt der Lohn knapp noch im GAV-Rahmen. Gar nicht sauber war jedoch, was folgte.

WASCHKÜCHE ALS SCHLAFZIMMER

Kaminski wurde nach Schübelbach SZ geschickt, an die Kantonsstrasse 18. In der dortigen Liegenschaft waren aber schon über ein Dutzend andere Arbeiter untergebracht. Sie teilten sich eine Küche und ein einziges Bad. Kaminski schwante Böses, erst recht als er realisierte, dass sein Schlafplatz im Kellergeschoss lag: «Mein «Zimmer» war nichts anderes als die gammelige Waschküche! Das Fenster war kaputt, nur mit einer Plasticfolie geflickt. Da half auch der Luftentfeuchter nichts, die Wände waren schwarz vor Schimmel.» Kaminski protestierte sofort, doch geändert hat sich zunächst nichts. Denn schon am nächsten Morgen um 6 Uhr begann sein Gärtnerjob. In der Firma habe man ihn aber zunächst warten lassen. Dann erhielt er Firmenbekleidung und Schutzschuhe. Ganze fünf Stunden dauerte das Prozedere. So steht es im Stundenrapport, der work vorliegt.



JUNGSPUND-CHEF: Daniel Bovenzi (31). FOTO: ZVG

Dann aber hiess es anpacken: 9 Stunden und mehr pro Tag. Nächtigen musste Kaminski weiter im Schimmelkeller. Erst nach einer Woche brachte ihn die Temporärfirma in ein Hotel. Dieses lag aber 50 Busminuten vom Arbeitsort entfernt. Dazu Kaminski: «Es hiess, ich solle halt ein Taxi

* Name geändert



GÄRTNER KAMPINSKIS «SCHLAFZIMMER»: Ein Kellerloch mit schwarzem Schimmel und einem kaputten Fenster. FOTOS: ZVG

nehmen, die Firma zahle dann schon.» Eine Woche machte er auch das mit. Dann kündigte er.

PHANTOM-GESCHÄFTSWAGEN

Tatsächlich überwies Personal 365 dem Polen für zwei Wochen Arbeit bloss 411 Franken. Begründet wird dies auf der Lohnabrechnung nicht nur mit regulären, sondern auch mit dubiosen Abzügen. Etwa für einen angeblichen «Geschäftswagen», den Kaminski nie gesehen hat (180 Franken). Oder für nicht näher definierte «übrige Abzüge» (90 Franken) und für

780 Franken Lohn zog das Temporärbüro für die Zimmermiete ab.

«Miete Zimmer»: Stolze 780 Franken zwackte die Temporärfirma dafür ab – notabene für bloss zwei Wochen Aufenthalt, davon eine im Schimmelkeller.

Ausserdem gab es keinen Lohn für jene fünf Stunden, während deren Kaminski an seinem ersten Arbeitstag bei der Gartenbaufirma warten musste. Dabei ist das Gesetz klar: «Als Arbeitszeit gilt die Zeit, während deren sich der Arbeitnehmer zur Verfügung des Arbeitgebers zu halten hat.» work hat den Personal-365-Chef

Daniel Bovenzi kontaktiert. Der 31jährige ist nicht nur Personalvermittler, sondern besitzt auch ein Treuhandbüro und führt nebenbei noch eine IT-Firma. Selbst residiert er am Villenhügel in einem Schwyzer Steuerparadies. Am Telefon lacht er: «Ja ja, dieser Pole...» Seine Firma bezahle halt nur «unterzeichnete» Rapporte, was bei Kaminski nicht komplett der Fall sei. Der Abzug von 90 Franken sei «für die Arbeitsschuhe». Doch auch hier ist das Gesetz eindeutig. Die Suva schreibt: «Wenn Sicherheitschuhe erforderlich sind, gehen die Kosten immer ganz zulasten des Arbeitgebers.»

KLAGE DROHT

Noch abenteuerlicher argumentiert Bovenzi beim Schimmelkeller und der horrenden Miete: Seine Firma habe «sofort reagiert», nachdem sie von den Zuständen erfahren habe. Und der Mietbetrag setze sich «aus beiden Unterkünften zusammen». Seine Firma sei überdies bloss «normale» Mieterin dieser Zimmer, für deren Sauberkeit sei der Vermieter zuständig. Soso. Gar keine Erklärung hat der Jungspund-Chef dagegen fürs 180 Franken teure Geschäftsauto, das es nie gab. Zurückgeben will er trotzdem keinen Rappen. Gärtner Kaminski aber lässt nicht locker: «Jetzt klage ich!»

UBS verzichtet auf die 9-Milliarden-Bundesgarantie CS-Rettung: Der neuste Hütchenspiel-Trick

Rechtzeitig vor dem nächsten UBS-Quartalsbericht und vor allem rechtzeitig vor den Wahlen vermeldet die FDP-Finanzministerin: alles bestens gelaufen bei der Rettung der Credit Suisse. Von wegen!

CLEMENS STUDER

Was bisher geschah: Um die Illusion des selbstregulierenden Marktes aufrechtzuerhalten und eine eigentlich naheliegende und nicht riskantere Verstaatlichung der Credit Suisse zu verhindern, hat FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter der UBS-Bossen jeden Wunsch erfüllt. Da wären als Hauptpunkte: ● Die UBS bekam die CS zum Preis von 3 Milliarden Franken. Der Marktpreis lag nach den dramatischen Preisstürzen allerdings am Freitag vor dem sonntäglichen Staatseingriff vom 19. März immer noch bei 7,3 Milliarden Franken. ● Der Staat liess sogenannte AT1-Bonds in der Höhe von 17 Milliar-



ERFÜLLT DIE WÜNSCHE DER BANKEN: Karin Keller-Sutter. FOTO: KEYSTONE

den streichen. Diese kauften in der Regel professionelle und finanziell potente Spekulanten. Und die klagen jetzt vor Bundesverwaltungsgericht. Die Klage hat bessere Erfolgsaussichten als jene der wackeren Kleinaktionäre, die sich über den Kaufpreis beklagen. Und vor allem: entschädigungspflichtig wäre bei den AT1-Bonds der Staat, also die Allgemeinheit, also wir alle.

● Der Bund erklärte sich bereit, mit 9 Milliarden Franken Steuergeldern geradzustehen, falls die UBS mit bestimmten CS-Anlagen mehr als

5 Milliarden Verlust macht. Auf diese Garantie verzichtet die UBS jetzt «grosszügig». Was ihr leichtgefallen sein dürfte. Etwa machte sie mit dem Kauf der CS für 3 Milliarden einen Einmalgewinn von 30 Milliarden Franken, die der Bund mit seiner Volksvermögen-Spekulation «verdient» haben soll. Die Witwenrente will sie trotzdem streichen. TX- und Wanner-Medien feiern mit. FDP, GLP und Mitte auch. Die SVP grummelt und kann trotzdem zufrieden sein. Die NZZ grummelt und hat recht mit ihrer noch zurückhaltenden Aussage, «dass die Schweiz von einer Lösung ihres Bankenproblems weit entfernt bleibt».

Die aktuelle Episode: FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter wird von der internationalen Finanzindustrie gefeiert. Und sie feiert die 200 Millionen Franken, die der Bund mit seiner Volksvermögen-Spekulation «verdient» haben soll. Die Witwenrente will sie trotzdem streichen. TX- und Wanner-Medien feiern mit. FDP, GLP und Mitte auch. Die SVP grummelt und kann trotzdem zufrieden sein. Die NZZ grummelt und hat recht mit ihrer noch zurückhaltenden Aussage, «dass die Schweiz von einer Lösung ihres Bankenproblems weit entfernt bleibt».

Vorschau auf die nächsten Folgen: Die Schweizerinnen und Schweizer sind mehr denn je in der Geiselschaft der Banken. Die Schweiz haftet jetzt für ein «privates» Bankenmonster mit einer Bilanzsumme, die eineinhalbmal so gross ist wie das Bruttoinlandprodukt, also mit dem Wert aller Waren und Dienstleistungen, die während eines Jahres in der Schweiz produziert werden. Oder sechzehnmal so gross wie das Bundesbudget. Die rechten und bürgerlichen Parteien werden weiterhin Spenden der Finanzindustrie kassieren und jede wirksame Regulierung verhindern. Die widerwillig eingesetzte Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) wird in ein bis zwei Jahren einen mehr oder weniger folgenlosen Bericht veröffentlichen. Und das internationale Finanzkapital weiss eines jetzt ganz sicher: egal, wie sich die UBS aufführt, für den Schaden kommen die Schweizerinnen und Schweizer auf.

STREIKFÜHRERIN:
Schauspielerin Fran
Drescher, bekannt als
«Die Nanny». FOTO: KEYSTONE



Historischer Streik in Hollywood

Jetzt macht «Die Nanny» Dampf!

Schon über 100 Tage streiken Hollywoods Drehbuchschreibende, auch die Schauspielerinnen und Schauspieler schlossen sich ihnen an. In der Hauptrolle: «Die Nanny» Fran Drescher als Gewerkschaftspräsidentin.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Toupierte schwarze Locken, bunte Miniröcke und eine schrille Stimme im feinsten New Yorker Akzent: In den 1990er Jahren war Fran Drescher mit ihrer Serie «Die Nanny» einer der erfolgreichsten Hollywood-Stars. Auch in der Schweiz wurde die Comedy-Serie mit fast 150 Episoden fleissig geschaut. Fran Drescher besetzte nicht nur die Hauptrolle, sie war auch als Autorin und Produzentin für die Serie tätig. Eine talentierte Alleskönnerin. Das beweist sie auch in ihrer aktuellen Rolle als Präsidentin der Schauspielergewerkschaft Screen Actors Guild (SAG).

Zurzeit befindet sie sich in hitzigen Verhandlungen mit dem Produzentenverband Alliance of Motion Picture and Television Producers (AMPTP). Tausende Schauspielerinnen und Schauspieler in Hollywood streiken. Angefangen hat der Streik im Mai mit den Drehbuchautorinnen und -autoren der Gewerkschaft Writers Guild of America (WGA) (work berich-

tete: rebrand.ly/hollywoodstreik). Wenige Wochen später schlossen sich rund 160 000 Schauspielerinnen und Schauspieler an. Ein historischer Doppelstreik, der erste seit über 60 Jahren im glamourösen Hollywood. Der Grund: Für die Mehrheit der Beschäftigten bietet die dortige Filmindustrie miserable Arbeitsbedingungen.

SCHÄBIGE LÖHNE

Bessere Löhne gehören zu den dringenden Anliegen der Streikenden. Wie Gewerkschaftsführerin Drescher dem Fernsehsender CNN sagt, leben viele Schauspieler und Schauspielerinnen am Existenzminimum: «86 Prozent verdienen weniger als 26 500 Dollar im Jahr.» Ähnlich wenig verdienen auch die Drehbuchautorinnen und -autoren. Damit kommen sie in Los Angeles, wo das Leben ähnlich

teuer ist wie in der Schweiz, kaum über die Runden. Deshalb fordern die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung von 11 Prozent. Ausserdem eine höhere Beteiligung an den Profiten der Streamingdienste und dass der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) für die Branche reguliert wird.

PROMIS SPENDEN

In der «Traumfabrik» Hollywood ist die Schere zwischen Arm und Reich immens. Aus Solidarität spenden nun namhafte

Schauspielerinnen und Schauspieler an die Gewerkschaften. Darunter George Clooney, Meryl Streep und Dwayne Johnson. Die Gewerkschaften sprechen von Spendeneinnahmen von etwa 15 Millionen US-Dollar.

Doch nicht alle Filmstars stellen sich auf die Seite ihrer Kolleginnen und Kollegen. Jamie Lee Curtis («Ein Fisch namens Wanda») und «Everything Everywhere All at Once») sagt in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters: «Ich hoffe, ich kann in dieser Debatte die neutrale Schweiz sein. Ich hoffe, dass beide Seiten die Verhandlungen fortsetzen und gut miteinander kommunizieren können.» In den Verhandlungen stellt sich der Produzentenverband AMPTP stur. Teil des Verbandes sind Universal Pictures, Walt Disney, Streamingdienste wie Netflix und Amazon sowie mehrere Fernsehsender.

ZITTERN GEHT WEITER

Am Freitag, 11. August, liess der Verband die Verhandlungen mit den Autorinnen und Autoren platzen. Bis work-Redaktionschluss wurden die Gespräche nicht wieder aufgenommen. Ein Ende der Streiks dürfte damit noch nicht in Sicht sein. Für viele Streikende wird es deshalb finanziell eng (siehe Interview unten). Aber auch die Filmindustrie zittert weiter. Ihr drohen wegen der Streiks Millionenausfälle. Die Emmy Awards mussten wegen der Ausstände schon auf nächstes Jahr verschoben werden. Und auch die Oscars stehen auf wackeligen Beinen. Sie finden traditionell im März statt.

Rahel Grunder: Schweizer Filmmemacherin bestreikt Universal, Netflix & Co.

Statt Drehbücher zu schreiben, protestiert Rahel Grunder (41) zurzeit vor den Filmstudios in Los Angeles. work beantwortet sie die brennendsten Fragen.

IWAN SCHAUWECKER

work: Rahel Grunder, wie ist die Stimmung in Hollywood?
Rahel Grunder: Ich lebe seit über zehn Jahren in Los Angeles und arbeite als Drehbuchautorin und Regisseurin. Als Autorin arbeite ich oft auch alleine. Was jetzt passiert, habe ich hier noch nie er-

lebt: Das kollektive Streiken ist ein starkes Zeichen der Solidarität und des Zusammenhalts in unserer Branche.

Haben Sie sich am Streik beteiligt?

Ich treffe mich oft mit Freundinnen und Freunden bei den «Picket Lines», den Streikposten. Dort verbringen wir jeweils einige Stunden vor den grossen Studios und Streamingdiensten wie zum Beispiel Universal oder Netflix. Wir streiken mit unseren Protestschildern und haben viele Gespräche. Ich habe in die-

ser Zeit auch sehr viele neue Menschen kennengelernt, paradoxerweise sind die Streikaktionen auch gute Momente für Networking.

Und arbeiten Sie zurzeit trotzdem weiter an Projekten?

Ich habe das Glück, dass ich auch für schweizerische Produktionen weiterschreibe und damit noch Geld verdienen kann. Für viele meiner

amerikanischen Arbeitskolleginnen ist der Streik finanziell sehr einschneidend: Für Mitglieder der Writers Guild of America (WGA) gilt: keine Arbeit während des Streiks und damit auch kein Einkommen.

Gibt es denn kein Streikgeld?

Nein, und das macht die Situation für viele Autorinnen auch sehr schwierig. Denn der Streik dau-

ert jetzt bereits über hundert Tage. Die Studios spekulieren wohl darauf, dass der finanzielle Druck für die Streikenden so gross wird, dass die WGA einknickt und die schlechten Bedingungen im neuen Vertrag akzeptieren muss.

Und was ist Ihre Prognose, wie geht der Streik aus?

Vorhersagen sind ganz schwierig. Aber es gibt sicher viele Geschichten, bei denen es um Solidarität und gemeinsame Stärken geht, die demnächst geschrieben werden.



Rahel Grunder.
FOTO: ZVG



la suisse existe
Jean Ziegler

HUNGER IN GENÈVE

Bertolt Brecht schreibt:

«Denn die einen sind im Dunkeln
Und die andern sind im Licht.
Und man sieht nur die im Lichte
Die im Dunkeln sieht man nicht.»

ERSTE HILFE. April 2020 in Genf: In der Dämmerung eines regnerischen Frühlingmorgens wurden die Menschen aus dem Schatten plötzlich sichtbar. Für Tausende sogenannt illegale Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt, die Sans-papiers und bitterarme Einheimische, hatte die mit Covid einhergehende Wirtschaftskrise Elend gebracht.

Nichtregierungsorganisationen wie «Partage», «Colis du cœur» und «Caravane sans frontières» organisierten kurzfristig die Verteilung von Nahrungsmittelpaketen, sogenannte Cabas (Papiersäcke), mit

Zucker, Fleischkonserven, Teigwaren, Hygieneartikeln. Über 2000 hungernde Menschen – darunter Kinder – standen in der Morgendämmerung vor dem städtischen Sportzentrum «Les Vernets».

Die Bilder gingen um die Welt: Hunger, Not und Verzweiflung in einer der reichsten Städte des Planeten!

Die Covid-Seuche ist verschwunden, das Elend ist geblieben. Mehr noch: es ist massiv schlimmer geworden. Genf ist der sechstgrösste Finanzplatz der Welt und der Kanton mit der grössten Ungleichheit: 2 Prozent der Bevölkerung besitzen 63 Prozent der Vermögenswerte im Kanton. 0,3 Prozent der Steuerzahlenden (darunter schwerreiche Multimilliardäre) berappen 72 Prozent des Steueraufkommens.

TENDENZ STEIGEND. 2022 stieg die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger der Nahrungsmittelhilfe auf über 14 000. Im Vorjahr waren es 12 000. Tendenz steigend. 2022 wurden 3,5 Millionen Mahlzeiten ausgerichtet. Gegenüber 2,8 Millionen im Jahr 2020. Die Nachfrage für die Cabas steigt ebenfalls unaufhaltsam: im Februar 2023 wurden in einem Monat über 23 000 Papiersäcke mit Gütern des täglichen Bedarfs ausgereicht.

Die Nahrungsmittelverteilung findet inzwischen jede Woche an sechs verschiedenen Orten des Kantons statt. Sie ist vielfältig: In der Kirche Sainte-Clotilde verteilt die «Caravane sans frontières» jeden Sonntag viele Hundert Mahlzeiten. «Partage» und «Colis du cœur» sammeln in den Lebensmittelgeschäften am Ende jeden Tages nicht verkaufte Esswaren ein und verteilen sie. «Caritas» hat drei «Epiceries» eröffnet, wo Menschen für ganz wenig Geld einkaufen können (nach vorgängiger Prüfung ihrer wirtschaftlichen Situation).

Genf ist auch eine unglaublich lebhaft, erfindungsreiche Stadt.

WICHTIGER ENTSCHEID. Juni 2023: Das Genfer Volk stimmt der Verankerung des universellen Menschenrechtes auf Nahrung in der Kantonsverfassung zu. Mit diesem klugen Entscheid ermöglichen es die Genferinnen und Genfer dem energischen Fürsorgedirektor, Staatsrat Thierry Apothéloz (SP), den zunehmenden Hunger in der Bevölkerung mit öffentlichen Mitteln zu bekämpfen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Trotz Personalnot: Wirte- und Hotelverbände knausern bei Mindestlöhnen 2024

Ein Minischritt, der die Gastro-Branche keinen Millimeter weiterbringt

Im Gastgewerbe halten die Mindestlöhne mit der Teuerung Schritt. Real steigen sie aber nur um 5 Franken. Völlig ungenügend, sagt Mauro Moretto, Gastro-Verantwortlicher bei der Unia.

CHRISTIAN EGG

Die Mindestlöhne für alle, die im Service, in der Küche oder im Hotel arbeiten, steigen im Januar 2024: Sie werden an die Teuerung angepasst und erhöhen sich zusätzlich um 5 Franken im Monat. Genau stehen die neuen Löhne noch nicht fest, da die Teuerungsprognose vom September als Basis gilt. Aber Stand heute würde der Mindestlohn für Ungelernte von 3582 Franken pro Monat (13 Mal ausbezahlt) um 88 Franken ansteigen. So haben es Gewerkschaften und Arbeitgeber ausgehandelt.

Was den Teuerungsausgleich angeht, so könnten sich die Sozialpartner der Gastrobranche das Verhandeln eigentlich sparen. Denn wenn die Verhandlungen scheitern, entscheidet ein Schiedsgericht über die Mindestlöhne. Und dieses hat bisher immer mindestens die Teuerung ausgeglichen. Letztmals war das 2018 der Fall. Das heisst: die Gewerkschaften

Unia, Syna und die Berufsorganisation Hotel & Gastro Union würden einen Vorschlag nicht akzeptieren, der unterhalb der Teuerung liegt.

NUR GRAD EIN FÜNFLIBER

Aber die Arbeitgeberverbände (Gastrosuisse, Hotelleriesuisse und Swiss Catering Association) scheinen genau das zu denken. Jedenfalls sagt Mauro Moretto, Branchenverantwortlicher bei der Unia: «Wir mussten dieses Jahr lange darum feilschen, ob überhaupt die Teuerung ausgeglichen werden soll.» Am Schluss gab es auf allen Mindestlöhnen den Teuerungsausgleich plus 5 Franken.

Das sei «völlig ungenügend», kritisiert Moretto. «Die Leute und die Branche hätten etwas ganz anderes gebraucht, nämlich eine deutliche Aufwertung.» Denn landauf, landab suchen Beizerinnen und Hoteliers verzweifelt nach Mitarbeitenden – und finden sie oft nicht. Weil mehr und mehr Menschen genug haben von der Branche mit ihren unregelmässigen Arbeitszeiten und den tiefen Löhnen.

AKUTER PERSONALMANGEL

Ausgerechnet der Wirtverband Gastrosuisse, für die Arbeitsbedingungen mitverantwortlich, musste kürzlich feststellen: Betriebe ohne Personalsorgen sind unterdessen die Ausnahme. Zwei Drittel gaben in einer Mitglieder-

umfrage an, sie seien unterbesetzt. Diese Sommersaison traf es auch Gastrosuisse-Präsident Casimir Platzer: In seinem Hotel in Kandersteg BE fand er keinen Küchenchef, wie er gegenüber dem Onlineportal nau.ch ausführte. Und zu Lehrbeginn am 2. August war das Gastgewerbe nach dem Bau die Branche, in der am zweitmeisten Lehrstellen unbesetzt blieben, nämlich mehr als 1500.

Und trotzdem: Zu mehr als einem Fünfliber realer Mindestlohnerhöhung waren die Arbeitgeberverbände nicht bereit. Da

«Unbegrenzt billige Arbeitskräfte aus dem Ausland – das ist zum Glück vorbei.»

MAURO MORETTO, UNIA

lupfte es auch dem Berufsverband Hotel & Gastro Union die Kochmütze. «Mickrig» sei dies, titelte er in der Mitgliederzeitung. Die Verbände der Patrons «verkennen die Situation der Branche».

Für Unia-Mann Moretto ist es «pure Ideologie», dass die Verbandsspitzen keine besseren Mindestlöhne wollen. Er sagt: «Die Mentalität der Verantwortlichen stammt noch aus den Zeiten des Saisonierstatuts. Damals gab es einen fast unbegrenzten Nachschub von billigen Arbeitskräften aus dem Ausland. Aber diese Zeiten sind vorbei – zum Glück!»



SO WAS KOMMT VON SO WAS: Wegen der miesen Arbeitsbedingungen im Gastro laufen den Beizen immer mehr Mitarbeitende davon. FOTO: KEYSTONE

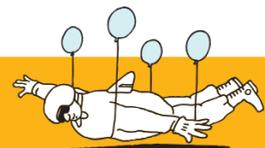
GASTGEWERBE

ALLE LÖHNE RAUF!

Die Verhandlungen im Gastgewerbe betreffen nur die Mindestlöhne. Über alle Löhne, die darüber liegen, entscheidet die Betriebe. Für viele Betroffene heisst das: Sie haben 2023 gar keinen oder nicht den vollen Teuerungsausgleich erhalten – was einem Reallohnabbau gleichkommt.

6 PROZENT. Die Unia fordert deshalb von den Betrieben, dass sie auf Anfang 2024 für Löhne, die über den Mindestlöhnen liegen, mindestens die Teuerung dieses und des letzten Jahres ausgleichen. Für alle, die heute noch die gleiche Zahl auf dem Lohnzettel haben wie letztes Jahr, wären dies mindestens 6 Prozent mehr Lohn. (che)

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



«Grand Paris Express»: Von Sommerlöchern und anderen Bohrarbeiten

Auch ohne löwenmässigen Sommerhit ging es in der Sauregurkenzeit wieder hoch zu und her.

Im Sommerloch jagt eine schräge Meldung die nächste. Das Loch aller Löcher ist und bleibt das Ungeheuer Loch Ness in Schottland. Jeden Sommer lassen dort die regionalen Hotels einen neuen Ballon steigen. Heuer zählen sie auf die Hilfe von Freiwilligen, die bei der Jagd nach dem Nessie helfen sollen.

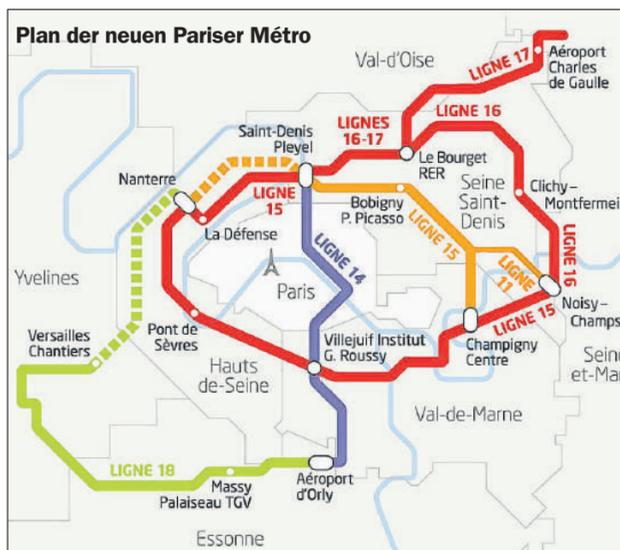
Ähnlich, aber ganz anders diesen Sommer in Berlin: Da hielt ein mutmasslicher Löwe, der durch den Prenzlauer Berg streifte, die Menschen in Atem. Schwerebewaffnete Polizistinnen und Polizisten gingen mit gepanzerten Fahrzeugen auf Löwenjagd. Aufgrund der Analyse der Videos und DNA-Spuren stand nach drei Tagen fest: Der Löwe war wohl nur ein Wildschwein gewesen. Was bisher fehlt, ist ein Sommerhit auf diese Posse.

ZENTRUM-PERIPHERIE. Ganz andere Löcher werden zurzeit in Paris gebohrt: Frankreich baut von dort aus eine 200 Kilometer lange U-Bahn der

nächsten Generation. Insgesamt 27 Bohrmaschinen fräsen Tag und Nacht 400 Kilometer Tunnels in den heiklen Pariser Untergrund. Und dies mit einem Durchmesser von mehr als 8 Metern. Warum 400 Kilometer? Jede der Strecken verfügt nur schon aus Sicherheitsgründen über zwei Tunnels.

Eine solche gigantische Bohrmaschine kostet in der Anschaffung 10 Millionen Euro. Alle zusammen also rund 300 Millionen. Das ist angesichts der Baukosten des «Grand Paris Express» von 35 Milliarden genau genommen ein Pipifax.

Die Hälfte der neuen U-Bahn-Löcher sind schon gebohrt. Vor den Olympischen Sommerspielen, die 2024 in Paris stattfinden werden, sollen die ersten Strecken der U-Bahn bereits in Betrieb gehen. Und schon 2030 werden alle 200 Kilometer fertiggestellt sein und die Menschen von der französischen Peripherie ins Zentrum und umgekehrt transportieren. Neue Quartiere sollen aus dem Boden schiessen. Optimistinnen und Optimisten in Frankreich glauben fest daran, dass der Express Hauptstadt und



GROSSPARIS: Die Hälfte der 400 Kilometer Métro-Tunnels in und um Paris sind schon gebohrt. FOTO: SGP

Banlieue einander näherbringen wird.

SOZIALE KLUFT. Heute verbrennen die Reichen und die Superreichen im Zentrum von Paris das Geld, das sie zu einem schönen Teil an den Steuern vorbeigeschmuggelt haben. Legal, illegal, scheiss-egal. Und in den Banlieues zündet der Zorn einer Genera-

tion ohne Perspektive Autos und Geschäfte an. Die heutige Ringautobahn ist die Stadtmauer, die diese beiden Welten trennt, die Klassen und die Herkunft.

Da soll der «Grand Paris Express» nun ausgleichen helfen. Wird er das schaffen? Wohl kaum, solange Frankreich nicht sozialer und somit für die Menschen mit

kleinen und mittleren Einkommen lebenswerter wird. Doch immerhin: Im Vergleich zu Tunnelbaustellen in der Schweiz bewegt sich das grosse französische Mega-U-Bahn-Projekt sehr schnell.

Kleine Rechnung: Die Schweiz und ihre Nationalbank bürgen mit 252 Milliarden für die UBS. In Paris investieren sie nur 13 Prozent so viel für den Bau neuer U-Bahn-Strecken, die zu einer Verdoppelung des heutigen Streckennetzes führen werden. Und erst noch ein Baustein jenes Projekts sind, welches das Zentrum von Paris weitgehend autofrei machen will.

Und jetzt noch einen Blick ins deutsche Geretsried, einen Vorort von München. In Geretsried bohren sie derzeit ebenfalls Löcher. Die Unternehmung Eavor Technologies testet dort ein neues Geothermie-Konzept, das keine Erdbeben auslösen soll.

Am 24. August 2023 werden Bundeskanzler Olaf Scholz und der bayrische Ministerpräsident Markus Söder die Baustelle besuchen. Viel Medienrummel ist garantiert. Wir bleiben dran.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/3minuten-takt
Die vollautomatischen und 54 Meter langen Züge transportieren 500 Personen. In Stosszeiten kommt alle 3 Minuten ein Zug. Macht 10 000 Passagiere pro Stunde und Richtung. Nicht schlecht, aber: Bereits 1991 war die Zugfolge der U-Bahn in der ukrainischen Hauptstadt Kiew dichter. Hier hat Paris noch Luft nach oben.

● rebrand.ly/eavor-fohlen
Im Jura ist wegen einer geplanten traditionellen Geothermie-Tiefenbohrung die Hölle los. Viele wollen kein Wasser-Fracking. Diese Folien erklären den ganz anderen Ansatz der Firma Eavor Technologies, der zurzeit im deutschen Geretsried getestet wird. Wenn wir bis 2035 strom- und wärme-seitig klimaneutral werden wollen, bräuchte die Schweiz 500 solcher Eavor-Bohrungen. Und diese zum halben Preis von Geretsried. Wenn denn alles klappen sollte.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: workzeitung.ch

Gewerkschafter Vasyl Andreyev (43) über den Wiederaufbau der Ukraine

«Der Zerstörungsgrad übersteigt alles»

Vasyl Andreyev ist der Präsident der ukrainischen Baugewerkschaft Profbud. work hat ihn in Genf getroffen und gefragt, wie Gewerkschaftsarbeit im Krieg funktioniert und was für den Wiederaufbau wichtig sei.

IWAN SCHAUWECKER

work: Wie fühlt es sich an, jetzt hier am Genfersee zu sitzen?

Vasyl Andreyev: Es ist widersprüchlich. In den ersten Nächten konnte ich hier kaum schlafen. Denn in Kiew gibt es fast jede Nacht Fliegeralarm, weil die Stadt mit Raketen beschossen wird. Wenn ich hier in Genf in der Nacht einen Motor oder Autoalarm höre, denke ich immer an diese Sirenen. Und dann denke ich an meine Freundinnen und Freunde, die dort sind, und schäme mich ein bisschen.

Gewerkschafterin Andreeva (41) über ihr «Jahr der Schocks»
«Ukraine ist die grösste Baustelle Europas»



ANNA ANDREYEVA: Die Gewerkschafterin und Ehefrau von Vasyl Andreyev erzählt work über ihre Flucht aus Kiew. FOTO:WORK

Aber Sie haben doch gute Gründe, hier zu sein!

Ja, ich verbringe endlich wieder Zeit mit meiner Frau Anna und unserem sechsjährigen Sohn. Die beiden sind

«Am 24. Februar 2022 weckte uns nicht der Wecker, sondern Explosionen draussen vor dem Fenster.»

vor einem Jahr aus der Ukraine geflüchtet und leben jetzt im Kanton Genf (work berichtete: [rebrand.ly/schockjahr](https://www.work.ch/rebrand.ly/schockjahr)). Anna arbeitet hier bei der Bau- und Holzinternationale. Doch der eigentliche Grund für meinen Besuch ist die Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), ich bin Mitglied der ukrainischen Delegation.

Der Krieg hat also Ihre Familie auseinandergerissen.

Am 24. Februar 2022 wurden wir nicht von unserem Wecker geweckt, sondern von den Explosionen draussen vor den Fenstern. Ich erinnere mich, wie unser Sohn durch das Zimmer rannte und fragte: «Ist das ein Feuerwerk?» Dann versteckte er sich

hinter dem Sofa, und ich glaube, er hat sofort verstanden, dass dies der Beginn des Krieges war.

Bei der ILO-Konferenz ging es um den Wiederaufbau der Ukraine: Ist es nicht zu früh, schon jetzt den Wiederaufbau zu planen?

Tatsächlich übersteigt der Zerstörungsgrad alles, was ich in meinem Leben zuvor gesehen habe. Im Moment reden wir in der Ukraine mehr über den Sieg und den Frieden als über den Wiederaufbau und die finanziellen Fragen. Denn wir müssen uns weiterhin gegen einen grausamen

«Die Schlacht ist noch nicht entschieden, trotzdem ist es wichtig, über den Wiederaufbau nachzudenken.»

Feind zur Wehr setzen. Die Schlacht ist noch nicht entschieden. Und dennoch ist die Planung des Wiederaufbaus heute schon wichtig.

Ist Gewerkschaftsarbeit im Krieg überhaupt noch möglich?

Es ist schwierig. Wir haben viele Mitglieder verloren. Zum Beispiel als die Krim im Jahr 2014 von Russland besetzt wurde, hatten wir auf einen Schlag 3000 Mitglieder weniger, und in den Bezirken Donezk und Luhansk verloren wir zusätzlich 5000. Leider mussten auch viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter flüchten, und nicht wenige haben ihr Leben an der Front verloren. Etwa zehn Prozent unserer Mitglieder wurden seit 2022 in den Armeedienst eingezogen. Das sind über 5000 Männer und Frauen. Und auch politisch ist es kompliziert.

Inwiefern?

Bis zum Beginn des Krieges konnten wir eine Liberalisierung des Arbeitsgesetzes erfolgreich verhindern. Doch im März 2022 trat ein neues Arbeitsgesetz in Kraft, das die Position der Gewerkschaften enorm schwächte. Manchen Gewerkschaften und linken Parteien wurde auch ihre Nähe zur russischen Regierung zum Verhängnis. Und im Bausektor gab es einen starken Wandel: Viele der Unternehmen, mit denen wir gute Beziehungen hatten, gingen konkurs. Die neuen Unternehmen und ihre Besitzer wollten einen immer grösseren Teil des Kuchens.

Und konnte Ihre Gewerkschaft diesem Trend entgegenwirken?

Wir sitzen jetzt am längeren Hebel, weil das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften immer knapper wird. Viele Männer wurden verletzt oder sterben weiterhin im Krieg. So gibt es jeden Tag weniger Arbeiter. Gleichzeitig besteht für den Wiederaufbau eine massive Nachfrage: Im Moment haben wir im Bausektor 150 000 Arbeitende, die Steuern und Sozialversicherungen bezahlen. Und dann schätzungsweise eine halbe Million Menschen, die ohne Arbeitsverträge, also informell, arbeiten. Nach dem Krieg werden wir wahrscheinlich doppelt so viele Arbeitskräfte für den Wiederaufbau benötigen. Unser Ziel als Gewerkschaft ist es, dass die Zahl der informellen Arbeiterinnen und Arbeiter deutlich sinkt.



UNGEWISSE ZUKUNFT: Bau-Gewerkschafter Andreyev hofft auf ein baldiges Ende von Krieg und Korruption.

FOTO: JEAN-PATRICK DI SILVESTRO

Wie sollte der Wiederaufbau aus Ihrer Sicht ablaufen?

Wir gehen davon aus, dass die EU-Gelder für den Wiederaufbau auch an Aufträge an europäische Unternehmen gekoppelt sind. Es wird europäische Unternehmen geben, die in der Ukraine Arbeitskräfte einstellen. Die EU könnte die Unternehmen dazu verpflichten, nur formelle Arbeitskräfte einzustellen.

Ein grosses Problem im Bausektor ist die Korruption ...

Ja. Als die Euro-Fussballmeisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine stattfand, gab es Unternehmen aus Frankreich und Österreich, die versuchten, in die Ukraine zu kommen, aber die Korruption hat sie davon abgehalten. Ich denke, dass es jetzt mit der An-

kunft internationaler Unternehmen eine starke Veränderung im Bausektor geben wird. Viele der bisherigen Unternehmen werden nicht in der Lage sein, diese Grossaufträge zu übernehmen.

Sie hoffen also, dass sich internationale Unternehmen ansiedeln werden?

Ja, diese könnten die Regeln in der Ukraine ändern. Eine Firma wie Strabag aus Österreich kann auch mit Milliardenaufträgen umgehen.

Was denken Sie, wird der Wiederaufbau kosten?

Die Regierung schätzt, dass der materielle Gesamtschaden bisher mindestens 300 Milliarden Euro beträgt. Die Schäden an der Infrastruktur sind enorm: Strassen und Brücken wurden

zerstört, Eisenbahnen, die Strommasten und auch Wasserkraftwerke: Nicht nur der Kachovka-Damm, es gibt auch viele kleinere Dämme, die absichtlich zerstört wurden.

Gewerkschafts-Paar: Andreyev und Andreyeva

Vasyl Andreyev (43) ist seit 2010 Präsident der ukrainischen Baugewerkschaft Profbud mit über 50 000 Mitgliedern. Er hat in dieser Zeit zwei Revolutionen und einen Krieg miterlebt. Seine Frau Anna Andreyeva arbeitet bei der Internationalen Bau- und Holzgewerkschaft (BHI) und lebt seit Kriegsausbruch mit ihrem sechsjährigen Sohn in Genf. (isc)

Die globale Migration in Zahlen:

169 Millionen für Arbeit unterwegs

Menschen fliehen vor Verfolgung, Krieg und Klimakatastrophen. Oder sie wandern aus, für Familie, Karriere und ein besseres Leben. Trotzdem: Gemessen an der globalen Bevölkerung ist der Migrationsanteil verschwindend klein.

281 Millionen

Menschen leben nicht in ihrem Geburtsland. 48% dieser Migrierten sind Frauen, 13% Kinder.

3,6 Prozent der globalen Bevölkerung sind Migrantinnen und Migranten.

3 von 4

Vertriebenen sind länger als fünf Jahre auf der Flucht.

169 Millionen

Arbeitsmigrantinnen und -migranten halten die globale Ökonomie am Laufen. Tendenz: stark steigend.

108 Millionen

Menschen waren 2022 auf der Flucht.

82%

der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz stammen aus Europa.

11%

der Schweizerinnen und Schweizer, also mehr als 800 000, leben im Ausland.

53%

der Vertriebenen sind Klimaflüchtlinge. Bis 2030 wird ihre Zahl auf 216 Millionen steigen, also viel mehr Menschen zur Flucht zwingen als Kriege und Politik.

580 Milliarden Franken

schickten Arbeitsmigrantinnen und -migranten 2022 in ihre Heimatländer des globalen Südens. Das ist mehr als Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen zusammen.

3/4

der Vertriebenen flohen 2022 in Länder mit tiefem BIP (76%). 4 von 5 der Geflüchteten leben heute in einem Land des globalen Südens.

5%

der Geflüchteten suchten Asyl.

55 734 Personen sind seit 2014 auf der Flucht gestorben, mindestens. Die Hälfte davon sind im Mittelmeer ertrunken (26 912). Die Dunkelziffer ist wahrscheinlich hoch.

62,5 Millionen

Menschen sind Binnenflüchtlinge, bleiben also im eigenen Land.

Europa sabotiert das Recht auf Asyl, will unter Druck der Rechtsextremen die Migration beschränken. Und lenkt damit die Wut der Menschen über Klimakatastrophe und Sozialabbau auf die «Fremden» um.

OLIVER FAHRNI

Seit ihren Anfängen in Afrika ist die Menschheit in Bewegung. Mal fliehen Menschen vor Mord, Dürre, Krieg, Hunger. Mal sucht sich jemand mildere Gefilde für ein besseres Leben. Mal werden ganze Bevölkerungen in die Sklavenarbeit verschickt. So werden Verbrechen begangen, aber auch Zivilisationen begründet. Wanderung, zwischen Exil und Eldorado, ist unser natürlicher Zustand.

Doch jetzt nennt man das Migration, und sie wird zum scheinbar grössten Problem unserer Zeit hochgerechnet. Wichtiger als die Auslöschung der menschlichen Gattung durch den kapitalistischen Raubbau an der Umwelt. Wichtiger als die explodierenden Ungleichheiten, der neu grassierende Rassismus oder die neoliberale Zerstörung der Demokratie.

Wieder soll gelten: Grenzen zu, und alles wird gut. Das behaupten zumindest rechtsextreme Vorbeter wie Renaud Camus, der in der französischen Provinz in einem Schloss lebt, allein mit einem Diener. Die reichen Nationen, so behauptet Camus, seien Ziel eines Komplotts von «Nichtweissen», vorab Muslimen, mit dem Vorhaben, die weisse Bevölkerung durch Einwanderung zu ersetzen. «Die grosse Auswechslung» («Verdrängung») nennt er das. Sämtliche Szenarien der Migrationsforschung aber zeigen: das ist blanke, rassistischer Unsinn. Heute leben weniger als vier Prozent der Weltbevölkerung nicht in ihrem Geburtsland. Übrigens auch 800 000 Schweizerinnen und Schweizer.

Die Migration dient als Kulisse für die Rückkehr der rassistischen Ideologie.

Eigentlich wäre der triste Camus keiner Rede wert. Nun ist die irre Theorie aber zur Bibel der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni, der französischen Rechts- extremistin Marine Le Pen, des ungarischen Herrschers Viktor Orbán aufgestiegen. Donald Trump hat Camus im Gepäck, und mit Camus' Thesen haben die Ultrarechten Wahlen in Schweden, Finnland, Dänemark, Polen, in der Slowakei, in Griechenland gewonnen, bald wohl auch in den Niederlanden und Österreich. Der Mann wirkt längst über den braunen Sumpf hinaus. Unlängst bekannte sich Frankreichs Innenminister Gérald Darmanin zu Camus. Am Thema Migration wird überall die neue Allianz zwischen Liberalen und Neofaschisten geschmiedet.

Die Migration dient als Kulisse für die Rückkehr der rassistischen Ideologie Nationalismus, die eben noch das blutigste Jahrhundert der Menschengeschichte angerichtet hat (zwei Weltkriege, Kolonialkriege, Shoa und Völkermorde, Faschismus, Apartheid usw.). Es gibt wohl zwei Gründe, den Ort zu verlassen, wo man (zufällig) geboren wurde: Die Suche nach Arbeit, die eine Familie ernährt, vielleicht der Wunsch nach einer erfolgreichen Karriere oder schlicht nach einem Anderswo (freie Niederlassung müsste ein Menschenrecht sein). Oder man flieht vor Repression, Krieg, Folter, Tod.

GROSSER SCHWINDEL
Auch die Schweiz war bis in die 1920er Jahre ein Auswanderungsland, ganze Massen entkamen dem wirtschaftlichen Elend nach Übersee. Die scheinbar scharfe Unterscheidung – hier völkerrechtlich geschützte Flüchtlinge, dort die Wirtschaftsmigrantinnen und -migranten – wird in der Tat immer undeutlicher. Wie sollte man zum Beispiel einem Menschen, dessen Existenz durch den steigenden Meeresspiegel vernichtet wurde, den Flüchtlingsstatus verweigern? Vor allem, wenn man bedenkt, dass die Klimakatastrophe in wesentlichen Teilen von den reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung angerichtet wurde. Grosse Teile Bangladeshs etwa werden bald dem Meer zum Opfer fallen. Dann haben die 169 Millionen Bangalen kein Land mehr.

Bereits heute sind mehr als die Hälfte der Flüchtlinge, die das UN-Hochkommissariat (UNHCR) registriert, als die Olympiaschwimmerinnen Sara, 20, und Yusra Mardini, 17, fliehen. Eine Bombe hatte das Haus der Familie bei Damaskus zerstört. 2015 kauften sie sich Plätze auf einem Boot, das sie nach Griechenland bringen sollte. Es war mit 18 Menschen überfüllt. Motorschaden. Die Schwestern sprangen ins Wasser und zogen den Kahn schwimmend drei Stunden lang nach Lesbos. Später, im Berliner Exil, beschliesst Sara, an den Ort ihres Todeskampfes zurückzukehren, um zu helfen. Sie gibt Kindern Schwimmunterricht. Doch dann verhaften sie fünf griechische Polizisten, wegen «Spionage» und «Menschenschmuggels». 25 Jahre Haft drohen... (Saras Schicksal wurde seither verfilmt: **rebrand.ly/gegen-den-strom**).

Kein Mensch riskiert sein Leben, weil er weiss, dass auf der anderen Seite vielleicht eine Sara Mardini mit der Wasserflasche steht. Die griechischen Polizisten und Militärs wollen bloss keine Zeugen, wenn sie Menschen in Not daran hindern, einen Asylantrag zu stellen und sie in den Tod zurückzuschicken. Für jene, die es schaffen, oft erst bei 10, 10 oder 12. Versuch, hat die EU auf den Inseln hochgesicherte Abschiebelager gebaut.

Verletzlich: Frauen unterwegs

Flucht und Migration verschärfen die Diskriminierung der Frauen. Dieser erste, grobe Befund der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ist wenig überraschend. Wer fliehen muss oder anderswo eine neue Existenz aufbaut, ist verletzlich. Frauen erleiden häufiger sexualisierte Gewalt, der Zugang zu Papieren, Gesundheitsversorgung, Ausbildung, Jobs, Sozialhilfen ist ihnen oft stark erschwert. Mädchen sind in der Schule oft krass benachteiligt.

BEFREIUNG. Migrationsbiographien aber zeigen ein differenziertes Bild. So sind von Frauen geführte Haushalte nicht durchweg ärmer. Frauen sind kreativer bei der Organisation von Selbsthilfe und in der informellen Ökonomie (etwa beim Geldtransfer oder im Handel). Wo sie Zugang zu Schule und Uni haben, schneiden sie oft besser ab. Logisch: Die Befreiung aus patriarchalischer Unterdrückung ist ein wesentliches Flucht- und Migrationsmotiv von Frauen. Mehr zum Thema: **iom.int/gender-equality**. (olf)

Zwischen Exil und Eldorado: Das grosse work-Dossier über Migration

Wo sie schwimmende Heldinnen verhaften

SARA MARDINI: Die Schwimmerin flüchtete aus Syrien, rettete Schiffbrüchige vor dem Tod und engagierte sich als Helferin, dafür soll sie ins Gefängnis. Ihr Leben wurde verfilmt. FOTO: FILMSTILL (GEGEN DEN STROM)

Umweltvertriebene. Derzeit sind so viele Menschen wie noch nie auf der Flucht – 108 Millionen. Doch fast zwei Drittel davon bleiben innerhalb ihrer Landesgrenzen, als «intern Vertriebene». Vom letzten Drittel wollte nur ein kleiner Teil zu uns – gerade 1 von 20 geflüchteten Frauen und Männern hat in Europa, in den USA oder anderswo im reichen Norden Asyl beantragt. Flucht und Wanderung finden vor allem zwischen Ländern des Südens statt. Die angeblichen «Asylantenströme» Richtung reiche Welt sind eine dumpfe Lüge (siehe «Zahlen» links).

Aber selbst einige Tausende Asylsuchende sind manchen schon zu viel, und der Schwindel vom Ansturm der Verfolgten dient rechter Politik. So lässt sich Panik schüren, was die Wut über Klimakatastrophe, Sozialabbau und die eigene Ohnmacht auf die «Fremden» umlenkt.

Als der syrische Krieg 400 000 Tote forderte, mussten auch die Olympiaschwimmerinnen Sara, 20, und Yusra

Mardini, 17, fliehen. Eine Bombe hatte das Haus der Familie bei Damaskus zerstört. 2015 kauften sie sich Plätze auf einem Boot, das sie nach Griechenland bringen sollte. Es war mit 18 Menschen überfüllt. Motorschaden. Die Schwestern sprangen ins Wasser und zogen den Kahn schwimmend drei Stunden lang nach Lesbos. Später, im Berliner Exil, beschliesst Sara, an den Ort ihres Todeskampfes zurückzukehren, um zu helfen. Sie gibt Kindern Schwimmunterricht. Doch dann verhaften sie fünf griechische Polizisten, wegen «Spionage» und «Menschenschmuggels». 25 Jahre Haft drohen... (Saras Schicksal wurde seither verfilmt: **rebrand.ly/gegen-den-strom**).

Kein Mensch riskiert sein Leben, weil er weiss, dass auf der anderen Seite vielleicht eine Sara Mardini mit der Wasserflasche steht. Die griechischen Polizisten und Militärs wollen bloss keine Zeugen, wenn sie Menschen in Not daran hindern, einen Asylantrag zu stellen und sie in den Tod zurückzuschicken. Für jene, die es schaffen, oft erst bei 10, 10 oder 12. Versuch, hat die EU auf den Inseln hochgesicherte Abschiebelager gebaut.

ANGRIFF AUF DAS MENSCHENRECHT

Bei jedem Konflikt, jeder Fluchtbewegung verstärkt Europa seine Festung. Mit den Elektrozäunen in Ceuta und Melilla (Spanien). Den menschenverachtenden Rückhalteabkommen mit Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko (siehe Artikel rechts). Mit Satelliten, Spionagefliegern, Wärmebildkameras, Drohnen, Hunden und langen Zäunen in Osteuropa. Einer Mauer zwischen Bulgarien und der Türkei. Und dem Umbau der Grenzagentur Frontex zu einer Armee. Dahin

wird ein ganzes juristisches Arsenal eingerichtet. Ziel: die faktische Abschaffung des Menschenrechts auf Asyl. Deutsche, britische und französische Politikerinnen und Politiker wollen es nun gar aus der UN-Menschenrechtserklärung und den Verfassungen tilgen. Das wird scheitern, aber es ist ein weiterer Schritt Richtung Barbarei: Vor unseren Augen und in unserem Namen wird eine «kriminelle Politik» installiert, sagt Lorenzo Alunni von der Universität Princeton. Ein Staatsverbrechen.

Syrien 2015 war ein solcher Moment der Verschärfung. Der Krieg in der Ukraine leitete die nächste Etappe ein. Im Juni beschloss die EU einen neuen Migrations- und Asylpakt. Unter anderem soll rund um Europa tatsächlich ein physischer Zaun errichtet werden. Nancy Faeser, Deutschlands Innenministerin, feierte dies als «Zeitenwende».

Wäre da nicht, neben der Unmenschlichkeit, ein praktisches Problem: Die Abschottung kann nicht funktionieren. Mauern funktionieren nie. Donald Trumps Mauer gegen Mexiko dämmte die Zuwanderung aus Zentralamerika genauso wenig ein wie die Kreissägen, die Texas nun an der Grenze aufstellt. Umgekehrt hat etwa der Fall des Eisernen Vorhangs keine Massenbewegung Richtung Westen ausgelöst. Alle, die sich ernsthaft mit Migration beschäftigen, wissen: Ob die Grenzen geschlossen sind oder offen, ändert nichts oder nur wenig an den Wanderungsbewegungen. Die Motive, eine oft ungewisse Reise ins Exil zu wagen, sind schlicht zu stark, wie Tausende von Migrationsbiographien erzählen. Die einzige Wirkung von geschlossenen Grenzen besteht darin, dass die Migration gefährlicher wird, also mehr Menschen sterben – und eine ganze Schlepperindustrie fette Geschäfte macht.

Das wagen die Regierenden in der gegenwärtigen Überfremdungshysterie kaum zu denken. Nur zögerlich tragen sie die Erkenntnis vor, dass die grossen Volkswirtschaften dringend mehr Einwanderung brauchen. So wie für den Wohlstand in der Schweiz die EU-Immigranten «essentiell» sind (sagt das Seco) – und schon immer waren –, so muss Europa seine schrumpfenden, überalterten Bevölkerungen nun mit globaler Zuwanderung auffrischen (Spanien etwa verliert bald einen Drittel seiner Bevölkerung). Ohne neue Beitragzahlende kommen ihre Sozialsysteme in Schieflage, und das deutsche Gesundheitswesen kann nicht auf Dauer den italienischen Spitalern sämtliche Ärzte und Pflegenden abwerben. Zum Beispiel.

Eine neue Studie der Weltbank fordert, die Migration, diesen «mächtigen Motor» des Wohlstands, neu zu zuwerfen. Manche Regierungen versuchen gerade, sich aus der Migration jene Fachkräfte rauszupicken, die ihre Konzerne brauchen. Doch selektive Migration ist eine brutale Illusion. Ohne offene Grenzen und sichere Migrationswege geht gar nichts.

Von der Polizei ausgesetzt ohne einen Tropfen Wasser: **Fati und Marie, Tod in der Wüste**

Europa schottet sich gegen Flüchtlinge und Migrantinnen ab. Mit Frontex, vorgeschobenen Grenzen und humanitärer Heuchelei. Zehntausende bezahlen das mit ihrem Leben.

OLIVER FAHRNI

Matyla Dosso, «Fati» genannt, liegt mit dem Gesicht im Saharadunnen neben der Tochter Marie, die in einer letzten Geste einen Arm zur Mutter hin ausgestreckt hat. Sie sind in der brütenden Hitze verdurstet. Marie war gerade sechs Jahre alt. Mit Fatis Mann Crépin waren sie vor den Militärs in Kamerun geflohen. Es begann eine jahrelange Irrfahrt durch halb Afrika. Fünfmal scheiterte ihr Versuch, von Libyen übers Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Nun wollen sie nach Tunesien, um zu arbeiten und der Tochter eine ordentliche Ausbildung zu bieten. Doch die tunesische Polizei griff sie auf, lud sie mit anderen Migrantinnen und Migranten auf Camions und setzte sie mitten in der Wüste aus. Ohne einen Tropfen Wasser. Ein Todesurteil. Die «trockene Guillotine» nennen sie das hier. Crépin fiel als erster.

MAKABRE STRATEGIE

Inzwischen zeugen Knochenfelder in der Sahara vom makabren Plan, der in Rom und Brüssel geschmiedet wurde. Tunesiens Präsident Kais Saied hat der italienischen Neofaschistin und Regierungschefin Giorgia Meloni und der EU-Präsidentin Ursula von der Leyen zu Beginn dieses Jahres versprochen, die afrikanischen Migrantinnen und Migranten von Europa fernzuhalten. Dafür bekommt er Geld, Investitionen, Drohnen, Polizeiausbildung und Patrouillenboote. Me-

loni nennt es einen «strategischen Pakt». Von der Leyen redet es sich als humanitäre Tat schön, und Diktator Saied rechtfertigt sein Tun mit wüsten rassistischen Theorien, die er von europäischen Rechtsextremen übernommen hat.

Europas Regierungen machen dicht, und weil sie sich nicht selber die Finger schmutzig machen wollen, haben sie Europas Ausgrenzen weit nach Afrika hinein verschoben. Bis nach Niger, einem der weltweit ärmsten Länder, das von der EU 1,3 Milliarden Dollar erhielt, um die Saharagrenze zu überwachen. Der laufende Militärputsch in Niger setzt dem Deal gerade ein Ende.

Zum ersten Mal angewendet wurde diese Strategie in der Türkei. 2014 flohen Hunderttausende vor den westlichen Interventionen in Nahost und dem syrischen Bürgerkrieg. Die EU kaufte sich von der Türkei für 6 Milliarden Euro das Versprechen, möglichst viele Flüchtlinge aus Iran und Afghanistan zu sterben. Darum kommt es, wie gut belegt ist, immer wieder zu «Push-back»-Operationen: Boote werden abgedrängt, anscheinend auch versenkt. Das Mittelmeer ist längst ein gigantischer Friedhof: Mindestens 26 000 Menschen sind dort in den letzten acht Jahren verschwunden. Und mit ihnen ersäuft das Menschenrecht.

byschen Milizen verbündet hat, verschwinden dort Tausende in geheimen Lagern, im Meer oder in der Wüste. Zwangsarbeit, Sklaverei, Folter, Menschenhandel grassieren. Die EU hat den Pakt nicht nur abgeschlossen, sondern der libyschen und der tunesischen Marine das Recht zugestanden, ausserhalb ihrer Hoheitsgewässer Jagd auf Migrantenboote zu machen.

Das Ziel ist daselbe wie bei der europäischen Grenzagentur Frontex, den Hotspots in der Ägäis (so heissen die Abschiebelager auf den griechischen Inseln) oder den Interventionen der Küstenwachen von Italien, Spanien, Frankreich und Griechenland: Sie wollen verhindern, dass die Flüchtenden und Migrierenden ihr Recht auf Asyl geltend machen. Das können die Migrantinnen und Migranten erst, wenn sie europäischen Boden betreten haben.

Darum behindern die Regierungen die Arbeit der Seenotretter wie «SOS Méditerranée». Darum warten Küstenwachen und Frontex mit ihren Einsatzern, bis die Menschen ertrunken sind, wie jüngst vor der kalabrischen Küste bei Crotona (94 Flüchtlinge aus Iran und Afghanistan starben). Darum kommt es, wie gut belegt ist, immer wieder zu «Push-back»-Operationen: Boote werden abgedrängt, anscheinend auch versenkt. Das Mittelmeer ist längst ein gigantischer Friedhof: Mindestens 26 000 Menschen sind dort in den letzten acht Jahren verschwunden. Und mit ihnen ersäuft das Menschenrecht.



Darmstadt (D): Schon wieder müssen LKW-Fahrer streiken, weil ihr Chef sie nicht bezahlt

150 Trucker gegen Lohngauner Mazur

Knapp vier Monate nach dem letzten Streik stehen auf dem Rastplatz Gräfenhausen wieder Dutzende LKW still. Die Fahrer verlangen ihren Lohn. Und wieder ist die bestreikte Firma die polnische Mazur-Gruppe.

DANIEL BEHRUZI, DARMSTADT

Im April hatten 65 osteuropäische Trucker auf dem Rastplatz bei Darmstadt einen denkwürdigen Sieg errungen. Nach fünf Wochen Streik gab die Mazur-Gruppe nach und bezahlte insgesamt 303 363 Euro und 36 Cent an ausstehenden Löhnen aus (work berichtete mehrfach: workzeitung.ch/trucker-streik).

Damals sagte der niederländische Gewerkschafter Edwin Atema im work-Interview: «Andere haben gesehen, dass es möglich ist, sich zu wehren. Deshalb erwarte ich einen heissen Sommer.» Und er hat schnell recht bekommen. Schon Mitte Juli kamen erneut Trucker nach Gräfenhausen, um ihre Löhne einzufordern. Zunächst reagierte Mazur überraschend konstruktiv und zahlte etwa ein Dutzend Fahrer aus. Daraufhin kamen viele weitere. Anna Weirich vom gewerkschaftlichen Beratungsnetzwerk «Faire Mobilität» sagt zu work: «Es ist eine ziemliche Dynamik entstanden.» Die Raststätte sei «eine Art Mythos» geworden, der die Fahrer motiviere, ihre Rechte einzufordern.

NICHT VEREINZELN LASSEN

Mittlerweile stehen etwa 150 Trucker aus Georgien, Tadschikistan, Usbekistan, Kirgistan und Kasachstan in Gräfenhausen. 20 Lastwagen mit wichtiger Fracht haben sie Ende Juli herausgegeben, weil Mazur versprach, unter dieser Bedingung alles zu bezahlen. Doch der Unternehmer brach wieder einmal seine Zusagen. Die Fahrer haben daraus gelernt. «Wir haben



FRISCHES FÜR DIE STREIKKÜCHE: Die Fahrer wollen so lange auf der Raststätte ausharren, bis der Chef ihnen das geschuldete Geld überwiesen hat. FOTO: KEYSTONE

beschlossen, nicht mehr einzeln, sondern kollektiv zu verhandeln», sagt der Usbeke Timur Sultanov*. «Wir müssen solidarisch sein. Wenn einer nicht bezahlt wird, bleiben wir alle hier.»

Wie im April haben die Fahrer Edwin Atema dazu bestimmt, die Gespräche mit Mazur zu führen. Doch bis Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe verweigert die Firma Verhandlungen. Stattdessen reichte Mazur Strafanzeige ein, «wegen Erpressung». Doch Atema lässt sich davon nicht beeindruckt: «Die Fahrer wollen niemanden erpressen, sondern lediglich für ihre Arbeit entlohnt werden.» Und der Georgier Nika Giorgadze* betont: «Wir haben nur eine einzige Forderung: dass unser Gehalt bezahlt wird, wie es vereinbart wurde – keine zusätzlichen Zinsen, nur das, was uns zusteht.» Ihm selbst schulde Mazur 4600 Euro. «Seit zwei Monaten kann ich

meiner Frau und meinen vier Kindern kein Geld schicken», berichtet der 49jährige. «Meine Brüder helfen ihnen, aber das geht auf Dauer nicht. Ich brauche dringend das Geld.»

BUSSEN IN DER SCHWEIZ

Rustam Yusunov* hat ebenfalls drei Kinder zu versorgen. Er ist aus der Schweiz nach Gräfenhausen gekommen, weil er über Chatgruppen erfahren hat, dass es hier Unterstützung gebe. Wie viele seiner Kollegen erzählt er, dass Mazur in der Vergangenheit immer wieder ungerechtfertigt Beiträge vom Gehalt abgezogen habe. «Uns wird keine Unterkunft bezahlt, deshalb müssen wir im LKW schlafen», so der Usbeke. «Wenn wir in der Schweiz dabei erwisch werden, kostet das jedesmal 45 Euro, die Mazur vom Lohn abzieht.» Wie in der EU gilt auch in der Schweiz seit 2022 ein

Kabinenschlafverbot: Für ihre wöchentlichen Ruhezeiten muss den Fahrern eine Unterkunft zur Verfügung gestellt werden. Das Gesetz dient dem Schutz der Beschäftigten. Doch Mazur hält sich nicht daran – und wälzt die Strafen auf die Fahrer ab. Roman Künzler ist bei der Unia für die Logistik- und Transportbranche zuständig und sagt: «Es ist eine Frage der Würde, dass alle Fahrer, die in der Schweiz übernachten, eine anständige Unterkunft mit fliessendem Wasser haben und der Arbeitgeber dies bezahlt.»

«Wenn einer nicht bezahlt wird, bleiben wir alle.»

TRUCKER TIMUR SULTANOV

Und: «Es ist ein Skandal, wenn Firmen das übergehen und die Bussen auch noch auf die Chauffeure abwälzen. Die Kontrollbehörden müssen Wege finden, die Regeln durchzusetzen und die Arbeitnehmenden zu schützen.»

Wie Mazur Arbeitsschutzgesetze umgeht, zeigt noch ein weiteres Beispiel. Edwin Atema berichtet: «Wir haben Dokumente vorliegen, mit denen Beschäftigte auf ihr Recht verzichteten, höchstens vier Wochen im Einsatz zu sein. Sie mussten das Dokument unterschreiben, wussten aber gar nicht, was drinsteht, weil es in einer ihnen fremden Sprache verfasst ist.»

«SCHANDE FÜR GANZ EUROPA»

Der Trucker-Protest in Gräfenhausen bringt den systematischen Gesetzesbruch im europäischen Güterverkehr an die Öffentlichkeit. «Dass wir nach drei Monaten wieder hier stehen müssen, ist eine Schande für ganz Europa», findet der georgische Lastwagenfahrer Nikoloz Maisuradse*, der schon im April beim Streik dabei war. Seit damals hat Mazur dem Familienvater kein Gehalt mehr überwiesen. «Er steckt sich das Geld in die Tasche, das für unsere Kinder bestimmt ist. Wir brauchen Hilfe, damit diese Sauerei aufhört.»

*Namen geändert

INSERAT



MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften
L'Institut de formation des syndicats
L'Istituto di formazione dei sindacati

**Jetzt weiterbilden?
Aber sicher!**

20. November 2023 in Zürich Kurs D2.1.2305

Wirtschaftspolitik für Arbeitnehmende

Welche wirtschaftspolitischen Massnahmen dienen Arbeitnehmenden am besten? In diesem Kurs erläutern wir die wichtigsten wirtschaftlichen Zusammenhänge. Wir zeigen, wie Gewerkschaften auf die Wirtschaft einwirken und zu einer arbeitnehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik beitragen.

movendo.ch



Ausstellung «Italianità»: Einwanderinnen und Einwanderer erzählen «Ich war immer nur Gast»

Zehn Menschen, zehn Geschichten: Das Zürcher Landesmuseum zeigt eine bewegende Ausstellung über Heimat, Fremdenhass und «Dolce Vita».

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Italienerinnen und Italiener sind die grösste Einwanderungsgruppe in der Schweiz. Dank ihnen sind Pizza, Pasta und ein bisschen «Dolce Vita» fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Und noch viel mehr: Die Migrantinnen und Migranten haben die Schweiz mit ihrer harten Arbeit geprägt. Und dabei noch härtere Dis-

Angekommen am Bahnhof Brig, mussten sich die Menschen ausziehen und untersuchen lassen.

kriminierung erfahren. Darüber sprechen zehn Menschen mit italienischen Wurzeln in der Ausstellung «Italianità» im Zürcher Landesmuseum.

Darunter auch Unia-Mitglied Nunzio, ein Malermeister, wie er im Bilderbuch steht. Schon mit 11 Jahren begann er in Italien den Pinsel zu schwingen. Mit 18 beschloss er, in die Schweiz auszuwandern. Nach seiner Ankunft am Bahnhof Brig erlebte Nunzio einen erniedrigenden Moment, den er nie vergessen wird: Er musste sich ausziehen und untersuchen lassen. Nur die gesunden Italiener erhielten Zutritt in die Arbeitswelt.

Doch das war nicht sein erstes Mal in der Schweiz. Bereits als Kind lebte er mit seinen Eltern in St. Gallen, jedoch nicht legal. Nunzio gehörte nämlich zu den versteckten Kindern ohne Aufenthaltsbewilli-



ZEITZEUGE:
Unia-Mitglied
Nunzio. FOTO: SNM



HIELTEN DEN BETRIEB AM LAUFEN: Italienische Fabrikarbeiterinnen vor der Konservenfabrik Hero in Frauenfeld, 1952. FOTO: SCHWEIZERISCHES NATIONALMUSEUM / ASL

gung (work berichtete: rebrand.ly/saisonierstatut). Diese Umstände zwangen die Familie, wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

Nunzio ist gerne Maler, obwohl es ein harter und anstrengender Job ist. Als italienischer Saisonnier hatte er es nicht leicht: «Man musste aufpassen, was man sagt, wie man sich benimmt. Schliesslich war ich immer nur Gast», sagt er. Nach zehn Jahren bekam Nunzio schliesslich die C-Bewilligung, mit der er heute noch in Biel lebt. «Ich bin kein Schweizer. Ich bin einfach ein Italiener im Ausland», sagt der heute 69jährige.

«EINE SAUEREI!»

Zwischen Rosannas neuem Zuhause in der Stadt Zürich und ihrem Heimatdorf Zevio liegen 450 Kilometer. Mit 20 Jahren folgte sie ihrem Ehemann in die Schweiz. Was sie hierzulande damals antraf, hat die junge Italienerin schockiert. «Das Leben ei-

ner migrierten Frau bestand zu jener Zeit nur aus Mann, Familie und Fabrik», erinnert sich die heute 79jährige. Ihr wurde bewusst: «Weil ich gebildet war, hatte ich trotz meiner Herkunft gewisse Privilegien. Also machte ich es mir zur Aufgabe, den Schwächeren zu helfen.» So wurde sie Mitglied bei den «Colonie libere italiane». Der Verein wurde von Antifaschisten während des Zweiten Weltkriegs gegründet und setzt sich für ein besseres Leben für italienische Migrantinnen und Migranten in der Schweiz ein.

Wer Rosanna auf dem grossen Bildschirm im Landesmuseum beobachtet, sieht eine kühne und ernste Frau. Doch als sie über die fremdenfeindliche Schwarzenbach-Initiative spricht, die 1970 zur Abstimmung kam, kochen starke Emotionen in ihr hoch. «Das war eine absolute Sauerei! Eine Sauerei!» betont sie. Alle diese Ungerechtigkeiten führ-

ten dazu, dass sich Rosanna in der Schweiz zwar integrierte, aber immer auch kritisch blieb.

ZURÜCK IN DIE HEIMAT

«Du warst da, aber du hast gestört.» So empfand Gema, als sie in die Schweiz migrierte. In einer Fabrik, wo Plasticgriffe produziert wurden, arbeitete sie viele Jahre im Schichtbetrieb. Immer in einer anderen Schicht als ihre Nachbarin, damit sie sich mit der Kinderbetreuung unterstützen konnten. Als dann die Schwarzenbach-Initiative kam, wollte sie mit ihrer Familie das Land verlassen. Doch dann kam ihr pflegebedürftiges Kind zur Welt, und die Familie blieb in Jona SG. Heute ist sie der Schweiz sehr dankbar für die medizinische Unterstützung, die sie und ihr Kind erhielten.

Die Ausstellung zeigt, wie individuell Migrationsgeschichten sind. Für Ivan, einen jungen Mann aus Airolo, ist klar, dass er Schweizer ist. Er ist Secondo und «manchmal mehr Schweizer als alle anderen». Anders ist es bei Lara. Obwohl auch sie in der Schweiz zu Welt kam, fühlt sie sich ganz als Italienerin. Sie träumt von einem Haus am Meer in ihrer Heimat. Bei Pierre lässt sich die Frage, ob er nun Schweizer oder Italiener sei, nicht so einfach beantworten. Er sagt: «In Italien bin ich der Schweizer, in der Schweiz der Italiener.»

Online-Portal: Erzählen Sie Ihre Geschichte

Die Website unseregeschichte.ch bietet eine Plattform, um Geschichten und Dokumente von italienischen Einwanderern festzuhalten. Italienerinnen und Italiener sind eingeladen, hier Materialien aller Art im Zusammenhang mit ihrer Einwanderung zu veröffentlichen.

ERLEBBAR MACHEN. Damit will die Website die Italianità in der Schweiz sichtbar und erlebbar machen. Auch Tipps zur Esskultur, zur Musik, zum Sport und zum Alltag sind willkommen. (dak)

workxl der wirtschaft

David Gallusser



STEIGENDE PREISE: HAUSHALTE LEIDEN, FIRMEN MACHEN GEWINN

«Wir haben die gestiegenen Energiekosten vollumfänglich an die Kunden weitergegeben», gab Clariant-Chef Conrad Keijzer letzten Oktober gegenüber der NZZ unumwunden zu. Dies habe dem Chemiekonzern aus Muttenz ermöglicht, die Umsatzrendite zu steigern. Ähnlich tönte es im Frühling bei Nestlé-CEO Mark Schneider. Und der Industriekonzern ABB liess verlauten, man habe die Marge dank einer «robusten Preis- und Volumenentwicklung» erhöht. Im Klartext: Die Firmen haben mitten in der Kaufkraftkrise ihre Preise angehoben und weiter Gewinne eingestrichen.

KOSTEN ABGEWÄLTZT. Nicht nur Clariant, Nestlé und ABB haben in den letzten eineinhalb Jahren ihre Margen beibehalten oder gar vergrössert. Die meisten Unternehmen konnten die steigenden Kosten über Preiserhöhungen auf die Kundinnen und Kunden abwälzen (siehe Grafik). So haben etwa Stahlwerke die teuren Strom- und Gaskosten mit höheren Stahlpreisen finanziert. Die Bau-

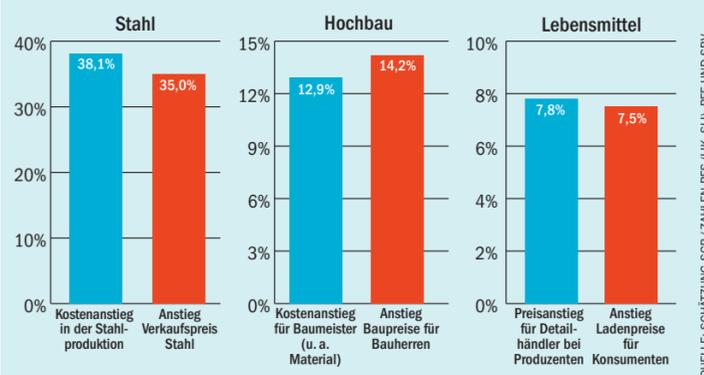
meister ihrerseits zögerten nicht, die höheren Preise für den Stahl – aber auch fürs Holz, den Beton und die übrigen Materialien – den Bauherrinnen zu verrechnen. Und auch die Detailhändlerinnen haben die gestiegenen Einkaufspreise bei den Lebensmitteln mit höheren Preisen im Laden ausgeglichen.

Die Firmen konnten die Preise erhöhen, weil die Energiekosten für alle stiegen. Doch während die höheren Energiepreise bei vielen Haushalten ein Loch in die Kasse reissen, konnten die Firmen ihre Mehrkosten einfach abwälzen. Ihnen hat dabei auch die gute Nachfrage geholfen. Nach der Pandemie konsumierten viele Menschen mehr. Zudem holten die Unternehmen aufgeschobene Investitionen nach und hamsterten Material, um sich gegen Lieferkettenprobleme abzusichern. Die Verkaufsabteilungen hatten so leichtes Spiel, um mehr für ihre Produkte zu verlangen.

KAUFKRAFT STÄRKEN. Während die Unternehmen ihre Gewinne sichern,

Höhere Kosten, höhere Preise

Die Grafik zeigt, wie die steigenden **Kosten** in der Stahlproduktion, im Hochbau und im Detailhandel über höhere **Preise** auf die Konsumentinnen und Konsumenten abgewälzt wurden. Zwischen Januar 2020 und April 2023 (Bau) bzw. Juni 2023 (Lebensmittel, Stahl).



zahlen die Arbeitnehmenden die Zeche. Die Löhne sind weniger gestiegen als die Preise. Im Durchschnitt können sich die Beschäftigten heute mit ihrem Lohn weniger leisten als 2015. Die Kaufkraft muss dringend wieder gestärkt werden. Die Arbeitenden dürfen nicht

als einzige auf den Kosten sitzenbleiben. Deshalb – und um das schwache Lohnwachstum von vor der Pandemie auszugleichen – müssen die Löhne um 5 Prozent rauf.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Barrikadenstürmer Bakunin in Splügen

Im Gästebuch des Hotels Bodenhaus in Splügen GR findet man neben den Namen vieler Berühmtheiten auch den Eintrag von Adolph von Armfeldt. Dieser Finne soll dort im Jahr 1874 logiert haben. Tatsächlich ist Armfeldt ein Pseudonym des berühmten Anarchisten Michail Bakunin. Der Ex-Offizier und Spross einer russischen Adelsfamilie nahm in ganz Europa an Aufständen teil. Sämtliche Königshäuser wollten ihm darum an den Kragen. Nur die Schweiz tolerierte ihn. Als Rivale von Karl Marx gründete er 1872 mit jurassischen Uhrmachern die Antiautoritäre Internationale. Doch mit 60 wollte Bakunin noch einmal an einer Revolte teilnehmen, «um auf den Barrikaden zu sterben». Und so reiste der bärtige Agitator über Splügen ins rebellische Bologna. Aber nicht in Italien liegen Bakunins Gebeine, sondern auf dem Berner Bremgartenfriedhof. Sein unglaubliches Leben erforscht hat der St. Galler Historiker Hans Fässler. Im «Bodenhaus» erzählt er davon.

Vortrag über Bakunin in Splügen GR, Sonntag, 10. September, 17 Uhr, Hotel Bodenhaus, Bodenplatz 4, Splügen. Anmeldung unter rebrand.ly/Bakunin.

Muholi-Ausstellung Queeres Südafrika

Queere Menschen in Südafrika erfahren systematisch Hass, Diskriminierung und Gewalt – dies auch dreissig Jahre nach dem Fall des Apartheid-Regimes. Denn auch in der Demokra-



FOTO: ZANELE MUHOLI

tie sind sie gesellschaftlich nach wie vor nicht akzeptiert. Das will Zanele Muholi mit Fotografie ändern. Muholi, eine nonbinäre Person, setzt auf kraftvolle Portraits in Schwarzweiss. Die Bilder zeigen keine vermeintliche Realität, sondern das vielfältige Spektrum dazwischen. Das ist umso interessanter, als Muholis Fotografien auch die Kolonial- und Apartheidsgeschichte reflektieren – und zwar auf ganz intime Weise. Nun sind die gefeierten Werke erstmals in der Schweiz zu sehen.

Fotoausstellung von Zanele Muholi, Kunstmuseum Luzern, Europaplatz 1, Luzern. Eintritt 6 bis 15 Franken.

Saisonier-Doku Versteckte Kinder

Bis 2002 galt in der Schweiz das Saisonierstatut. Zigttausende Familien riss es auseinander. Denn Saisonierkinder hatten kein Aufenthaltsrecht. Sie mussten in der Ferne aufwachsen, oft in Heimen. Oder versteckt als «Schrankkinder». Noch heute fällt es den Betroffenen schwer, darüber zu sprechen. Umso wichtiger ist der neue Dokumentarfilm von Jörg Huwyler und Beat Bieri, der jetzt online gratis nachgeschaut werden kann. Darin kommen ehemalige Saisonierkinder ausführlich zu Wort. Ihre Berichte berühren. Und sie kontrastieren mit historischen Aufnahmen, die den helvetischen Rassismus schonungslos offenbaren.

Film **Im Land der verbotenen Kinder** von Jörg Huwyler und Beat Bieri, Schweiz 2023, 80 min. Kurzversion (50 min) gratis unter: rebrand.ly/verbotenekinder.



Das offene Ohr

Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Kündigung: Wie lange im voraus schon bekanntgeben?

Ich bin als Coiffeuse angestellt und mache mich auf Anfang Dezember selbständig. Da ich im 4. Dienstjahr bin, beträgt meine Kündigungsfrist laut Arbeitsvertrag und Gesamtarbeitsvertrag 2 Monate. Ich möchte auf Ende November kündigen, überlege mir aber, meinen Chef schon jetzt über diesen Schritt zu informieren. So hat er mehr Zeit, einen Ersatz zu suchen, und ich muss meine geplante Selbständigkeit nicht verheimlichen. Kann ich meine Kündigung 3 Monate zum voraus bekanntgeben, obwohl die Kündigungsfrist nur 2 Monate beträgt?

MYRIAM MUFF: Ja. Kommt Ihr Kündigungsbrief noch vor Ende August bei Ihrem Chef an und steht darin klar, dass Sie das Arbeitsverhältnis auf Ende November kündigen wollen, kommt Ihr Wille bezüglich des Kündigungstermins



SAUBERER SCHNITT: Ein geplanter Weggang aus dem Betrieb kann vorangekündigt werden. Das ist aber nicht immer ratsam. FOTO: ISTOCK

unmissverständlich zum Ausdruck. Trotzdem besteht das Risiko, dass Ihnen Ihr Chef unter Einhaltung der zweimonatigen Kündigungsfrist bereits auf Ende Oktober kündigt. Dies ist dann möglich, wenn er Ihre Kündigung beispielsweise Mitte August erhält, so dass ihm genügend Zeit bleibt, Ihnen seinerseits die Kündigung unter Einhaltung der zweimonatigen Frist noch im August zuzustellen, auszuhandeln oder gar mündlich auszusprechen. Gerade wenn sich – wie in Ihrem Fall – jemand mit Kundenkontakt selbständig machen will, kann beim Arbeitgeber die Befürchtung aufkommen, dass Sie während der verbleibenden Zeit potentielle Kundinnen und Kunden abwerben wollen (was unzulässig wäre). Daher kann er ein Interesse daran haben, Ihr Arbeitsverhältnis so schnell als möglich aufzulösen. Deshalb empfehle ich Ihnen, Ihre Pläne vorerst für sich zu behalten und dem Chef das Kündigungsschreiben erst auf Ende September zuzustellen. So können Sie sicher sein, dass Sie noch bis Ende November an Ihrem jetzigen Arbeitsort sind.

Säule 3a: Lässt sich das Konto frühzeitig auflösen?

Ich zahle jedes Jahr bei einer Bank in ein Säule-3a-Konto ein. Auch wenn es noch mehr als 10 Jahre dauert, bis ich das ordentliche Rentenalter erreiche, frage ich mich: Kann ich mein Guthaben auf der Säule 3a, schon bevor ich 65 bin, beziehen, und falls ja, wie lange im voraus?

MYRIAM MUFF: Ja, Sie können Ihr Säule-3a-Guthaben (gebundene Selbstvorsorge) frühestens 5 Jahre vor dem ordentlichen Pensionsalter von 65 Jahren beziehen. Unabhängig davon können Sie zudem Ihr Guthaben vorzeitig beziehen, wenn:

- Sie sich in eine Vorsorgeeinrichtung im Rahmen der zweiten Säule einkaufen,
- Sie eine ganze Invalidenrente der Invalidenversicherung beziehen und das Invaliditätsrisiko nicht versichert ist,
- oder wenn Sie eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnehmen oder eine bisherige selbständige Erwerbstätigkeit aufgeben und eine andersartige Erwerbstätigkeit aufnehmen.

Die Säule 3a auflösen können Sie auch dann, wenn Sie die Schweiz endgültig verlassen, Wohneigentum zum Eigenbedarf erwerben oder ein Hypothekendarlehen zurückerzahlen.

Sonntagsarbeit, Kafimachen, Handyverbot: Was die Lehrmeisterin oder der

Lernende aufgepasst, das

Mit dem Lehrbeginn ändert sich einiges: Jetzt sagt die Chefin oder der Ausbilder, was zu tun ist. Aber längst nicht jeder Auftrag muss einfach stillschweigend hingenommen werden. work sagt, was in der Lehre erlaubt ist – und wie du für deine Rechte einstehen kannst.

MARIA KÜNZLI

1 Ich muss dauernd Dinge erledigen, die nichts mit meinem Beruf zu tun haben. Darf ich mich wehren?

Ja. Deine Arbeitgeberin hat dir gegenüber einen Bildungsauftrag. Mit dem Lehrvertrag verpflichtest du dich dem Betrieb, dich fachgerecht im gewählten Beruf auszubilden. Aber natürlich wirst du gerade am Anfang eher leichte Arbeiten erledigen und auch mal kopieren oder Kaffeekochen müssen. Das Know-how für Anspruchsvolles musst du dir ja erst noch aneignen. Falls du aber das Gefühl bekommst, dass die Aufgaben, die dir zugeteilt werden, über längere Zeit nichts mit dem Beruf zu tun haben, solltest du das Gespräch mit deiner Ausbilderin oder deinem Ausbilder suchen. In den Bildungsplänen und -verordnungen des Bundes ist für jeden Beruf festgehalten, welche Fähigkeiten vermittelt werden sollen. Du findest sie hier: rebrand.ly/lehrplan. Kommst du im persönlichen Gespräch nicht weiter, kannst du dich an deine Gewerkschaft oder an das kantonale Bildungsamt wenden: rebrand.ly/bildungsamt.

2 Ich habe ADHS. Habe ich in der Lehre Anrecht auf Unterstützung?

Wenn eine Ärztin oder ein Arzt bei dir eine Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS) oder ein Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS) festgestellt hat, hast du das Recht auf Unterstützungsmaßnahmen. Bei der Abschlussprüfung zum Beispiel kannst du mehr Zeit einfordern oder zusätzliche Pausen einlegen. Dafür musst du aber frühzeitig beim Bildungsamt deines Kantons ein Gesuch einreichen.

Wichtig für dich zu wissen: Ob du deiner Lehrmeisterin oder

deinem Chef sagst, dass du ADHS hast, entscheidest ganz alleine du! Rechtlich gesehen bist du nicht verpflichtet, deinen Betrieb zu informieren. Dazu schreibt die ADHS-Organisation Elpos: «Es besteht keine Auskunftspflicht über ADHS. Je nach Situation hilft es jedoch, offen mit den Vorgesetzten zu sein. So entsteht eine Vertrauensbasis, und es kann gemeinsam nach Lösungen gesucht werden.» Mehr zu ADHS in der Lehre und eine Liste von Beratungsstellen findest du unter elpos.ch.

3 Ich fühle mich dauergestresst und habe Angst, die Lehre nicht zu schaffen. Was kann ich tun?

Vertraue dich unbedingt jemandem an – deinen Eltern, deiner Ausbilderin, einem Lehrer –, oder melde dich bei der Beratungsstelle deiner Schule. Es gibt Möglichkeiten, um dich zu entlasten, wie zum Beispiel Stützkurse. Im Lehrbetrieb kannst du um mehr Zeit bitten, um für den berufsbildenden Unterricht zu lernen, und Mitarbeitende können dir in einigen Fächern unter die Arme greifen.

4 Wie lange dauert ein Arbeitstag?

Deine Arbeitszeit ist im Lehrvertrag geregelt, sie darf pro Tag aber nicht mehr als neun Stunden betragen. Ausserdem darf dein Arbeitstag nicht länger dauern als jener der anderen Mitarbeitenden im Betrieb. Bist du noch minderjährig, solltest du vor Berufsschul-tagen bis um maximal 20 Uhr arbeiten müssen. Ganz allgemein dürfen Jugendliche bis zum vollendeten 16. Altersjahr höchstens bis 20 Uhr arbeiten. Jugendliche, die älter sind als 16, höchstens bis 22 Uhr. Minderjährige haben gemäss Jugendarbeitsschutz Anrecht auf eine Pause von mindestens zwölf



STARK DURCH DIE LEHRE: Wer seine Rechte kennt, startet gut gerüstet ins Arbeitsleben. FOTO: GETTY

WORKTIPP

GÜNSTIGER INS KINO & CO.

Als Lernende oder Lernender bekommst du bei Lehrbeginn einen Ausweis, der in der Regel von der Berufsfachschule ausgestellt wird. Damit kannst du belegen, dass du dich in Ausbildung befindest. Mit diesem Ausweis kannst du von vielen Vergünstigungen profitieren, zum Beispiel im öffentlichen Verkehr, in Kinos und Museen, im Theater, in Buchhandlungen, beim Kauf eines Computers, aber auch bei Sportanlässen und Zeitungs- und Magazin-Abos. Nachfragen lohnt sich! (mk)

Stunden zwischen zwei Arbeitsschichten. Das heisst, dass auf eine Spätschicht keine Frühschicht folgen darf. Hier gibt es Ausnahmen je nach Beruf, Branche und Alter der lernenden Person.

Die Seco-Broschüre zum Jugendarbeitsschutz bietet einen guten Überblick zu Fragen rund um den Schutz von Jugendlichen im Arbeitsleben: rebrand.ly/jugendarbeitsschutz.

5 Muss ich nachts und am Sonntag arbeiten?

Grundsätzlich ist Nacht- und Sonntagsarbeit für Jugendliche verboten. Der Jugendarbeitsschutz sieht aber Ausnahmen vor, wenn Nacht- oder Sonntagsarbeit zwingend nötig sind, um die Ausbildungsziele der Lernenden zu erreichen. Dies gilt zum Beispiel für

angehende Bäckerinnen, Köchinnen und Pfleger. Die betroffenen Berufe hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) in einer Verordnung aufgeführt rebrand.ly/sonntagsarbeit-lehre.

6 Ich bin Pfadileiterin. Kann ich fürs Pfadileiter Extraferien beantragen?

Grundsätzlich hast du als Lernende bis zum vollendeten 20. Lebensjahr Anrecht auf mindestens fünf Wochen bezahlte Ferien im Jahr. Wenn du dich in deiner Freizeit ehrenamtlich engagierst, etwa als Pfadileiterin, als Leiterin in einem Jugend+Sport-Lager (J+S) oder als Helferin in einer sozialen Einrichtung, kannst du eine zusätzliche (unbezahlte) Ferienwoche beantragen – den sogenannten Jugendlurlaub. Dein Lehrbetrieb

Lehrmeister verlangen darf – und was nicht

sind eure Rechte!

SCHIKANEN IM LEHRBETRIEB MOBBING? WEHR DICH

Gibt es Vorgesetzte oder Mitarbeitende, die dich schikanieren, dich bewusst ausschliessen oder dir drohen? Das solltest du auf keinen Fall akzeptieren. Da sich Mobbing meistens nicht von selbst erledigt und es sich je nachdem sogar um eine Straftat handelt, solltest du aktiv werden und dich jemandem anvertrauen – deinen Eltern oder einer Vertrauenslehrperson zum Beispiel. Ausstehenden fällt es oft leichter, die Lage zu beurteilen, und sie können dir vielleicht erste Tipps geben, wie du dich verhalten kannst. Ändert sich nichts, wende dich an deine Ausbilderin oder an deinen Ausbilder.

BEWEISE SAMMELN. Bringt auch dieser Schritt keine Verbesserung, solltest du dich beim kantonalen Berufsinспекtorat melden, das für die Lehraufsicht verantwortlich ist. Hol dir dazu auch Unterstützung bei der Unia in deiner Region oder bei einer Beratungsstelle. Die Adressen findest du auf mobbing-zentrale.ch. Grundsätzlich ist es hilfreich, alles zu sammeln, was das Mobbing belegt. Also mündliche Beleidigungen mit Datum und Ort zu notieren, erniedrigende Mails auszudrucken usw. (mk)

muss dir den Jugendlurlaub bewilligen, wenn du ihn mindestens zwei Monate vor der geplanten Woche mit dem entsprechenden Formular anmeldest (rebrand.ly/jugendlurlaub). Jugendlurlaub gibt es bis zum 30. Altersjahr. Während des Jugendlurlaubs hast du keinen Anspruch auf Lohn – sofern in deinem Arbeitsvertrag oder in einem Gesamtarbeitsvertrag nicht etwas anderes abgemacht wurde.

7 Darf mir meine Chefin oder mein Chef das Handy wegnehmen?

Der Lehrbetrieb darf es dir verbieten, während der Arbeitszeit das Handy für private Zwecke zu nutzen – du bist ja zum Arbeiten da. Wenn du dich an die Regeln deiner Arbeitgeberin hältst, darf sie dir das Handy aber nicht wegnehmen. In den meisten Betrieben

gibt es Bestimmungen, ob und wie lange Internet und Handy während der Arbeit privat genutzt werden dürfen. Verboten ist es natürlich, illegale Inhalte wie zum Beispiel Pornos herunterzuladen. Damit riskierst du eine fristlose Kündigung. Auf deine Handysdaten und Mails dürfen Vorgesetzte ausnahmsweise und unter gewissen Voraussetzungen zugreifen, wenn ein begründeter Verdacht vorliegt, dass du zum Beispiel geheime Daten weitergeleitet hast. Wenn du das Gefühl hast, zu Unrecht kontrolliert oder überwacht zu werden, hol dir Hilfe bei deiner Gewerkschaft oder bei der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle.

Wo drückt bei dir der Schuh in der Lehre? Die Unia will's wissen! **Füll die Umfrage aus** und nimm an der Verlosung teil. Zu gewinnen gibt's ein E-Trottinett und Kinogutscheine. Jetzt mitmachen unter: rebrand.ly/lernden-umfrage.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Damit Sie (nicht nur) Spanisch verstehen

Mit Übersetzungs-Apps auf dem Smartphone können Sie nicht nur eingetippte Wörter übersetzen lassen, sondern auch ganze Sätze ins Mikrophon sprechen oder Texte abfotografieren – zum Beispiel Speisekarten. Saldo testete sieben verbreitete Übersetzer-Apps anhand von Zeitungsartikeln, Büchern, Speisekarten und gesprochenen Sätzen. Dabei waren: DeepL, Google Übersetzer, Pons, Microsoft Übersetzer, SayHi, iTranslate und Promt.

Das Ergebnis: DeepL überzeugte am meisten beim Übersetzen einer Fremdsprache ins Deutsche. Auch mit Redewendungen kam DeepL gut zurecht. Der Ausdruck «Du hast nicht alle Tassen im Schrank» wurde sinn-gemäss und korrekt ins Französische mit «Tu n'as pas toute ta tête» übersetzt. Ebenfalls eine gute Übersetzung lieferte Google. Die anderen Apps übersetzten wörtlich und wären damit im Ausland nur schwer verständlich. So übersetzte die Pons-App ins Englische: «You don't have all the cups in the cupboard.»



ENTSPANNT: Mit der richtigen App können Sie sich auch im Ausland gut verständigen. FOTO: ADOBE STOCK

DeepL und Google übersetzen qualitativ am besten.

EIGENTÜMLICH. Praktisch ist die Eingabe via Handymikrophon: Die Apps übersetzen Gesprochenes in Text und danach in die gewünschte Sprache. Das funktionierte im Test bei den meisten Apps gut, solange deutlich gesprochen wurde. Saldo prüfte auch, wie gut sich fremdsprachige Speisekarten abfotografieren und übersetzen lassen. Hier zeigte nur DeepL Schwächen: Die Bedienung war hier viel mühsamer als bei anderen Apps. Punkto Übersetzungsqualität waren DeepL und Google wiederum die Spitzenreiter. Die Promt-App hingegen schuf eigen-tümliche Sätze: Aus dem «Saumon bio poché» (pochierter Bio-Lachs) wurde einmal ein «gestohlener organischer Lachs» und ein anderes Mal «Bio Lachs Taschen». Und die Pons-App machte aus «Fiore di zucca in pastella» keine gebackene Kürbisblüte, sondern eine «Kürbisblüte in Pastell». MARC MAIRNOACK



REIN INS ABENTEUER: Mit etwas Planung und einer guten Kommunikation wird das Zusammenwohnen zum schönen Erlebnis. FOTO: ISTOCK

Endlich von daheim ausfliegen!

Wollen wir zusam

Elena, Lea und Anna wagen es: Die jungen Frauen gründen eine WG. Was sie rechtlich beachten müssen und was hilft, das Zusammenleben zu organisieren.

MARIA KÜNZLI

Zuerst müssen sich die Freundinnen entscheiden, ob sie gemeinsam den **Mietvertrag** unterschreiben oder ob sich eine von ihnen als Hauptmieterin zur Verfügung stellt – dann muss sie mit den anderen Untermietverträge abschliessen. Aber Achtung: Die Vermieterin muss ausdrücklich zustimmen, dass sie mit den Untermietverträgen einverstanden ist. Unterschreiben alle drei, sind alle drei Hauptmieterinnen. Dann haben alle die gleichen Rechte, sie haften aber auch solidarisch,

wenn eine Person die Miete nicht mehr bezahlt. Die Vermieterin oder der Vermieter kann den Mietzins wahlweise bei jeder der drei Bewohnerinnen einkassieren.

FAIRE ZIMMERAUFTEILUNG

Eine WG, in der alle Hauptmieterinnen sind, ist eher schwerfällig. Denn: Wenn jemand auszieht, sind alle gezwungen, den Mietvertrag zu kündigen. Die Verbleibenden müssen dann mit dem Vermieter einen neuen Vertrag aushandeln, was eine Mietzinserhöhung nach sich ziehen kann. Gibt es eine Hauptmieterin und mehrere Untermieterinnen, ist die WG flexibler: Jede Mitbewohnerin und jeder Mitbewohner in Untermiete kann einzeln kündigen. Ist es die Hauptmieterin,

So klappt das Leben in der WG

menziehen? Ja klar, aber...

die auszieht, kann der Hauptmietvertrag auf eine andere Person übertragen werden. Der Nachteil bei dieser Variante: Die Hauptmieterin kann den Untermieterinnen kündigen, dafür haftet sie allein, wenn eine Person die Miete nicht bezahlt.

Eine weitere Frage, die sich Elena, Lea und Anna stellen müssen: Zahlen alle dieselbe **Miete**, auch wenn das Zimmer von Anna kleiner ist als jenes von Elena? Ratsam ist, die Miete analog zum Quadratmeterverhältnis zu berechnen. Natürlich wird vor dem Einzug auch ein **Mietzinsdepot** fällig. Hier kommt es auf die Vertragsart an (siehe «Mietvertrag»): Gibt es mehrere Hauptmieterinnen, müssen sie sich die Mietkaution teilen. Ist nur

eine als Hauptmieterin eingetragen, ist sie allein für das Mietzinsdepot verantwortlich.

RICHTIG VERSICHERT

Hier stellt sich die Frage: Sollen alle Mieterinnen einzeln ein **Hausrat- und Haftpflichtversicherung** abschliessen, oder genügt eine Versicherung? Eine Hausratversicherung pro Wohnung kommt günstiger und ist sinnvoller. Dafür müssen alle Mitbewohnerinnen in einer gemeinsamen Police namentlich erwähnt sein. Viele Versicherungen bieten spezielle Lösungen für WGs an. Auch eine Haftpflichtversicherung ist dringend empfohlen. Werden beim Auszug Schäden festgestellt, übernimmt die Versicherung die Kosten (abzüglich des Selbstbehalts), und es wird

nicht im Detail untersucht, wer den Schaden verursacht hat. Besteht hingegen keine ausreichende Versicherung oder lautet die Police nur auf die Hauptmieterin, haftet diese allein.

«WG-RAT» ABHALTEN

Elena, Lea und Anna sind sich sicher: Es wird kaum Streit geben in der WG. Dennoch sollten sich die Freundinnen überlegen, wie sie Konflikte begegnen können – denn es wird welche geben. Eine Möglichkeit ist, regelmässig einen «WG-Rat» abzuhalten, an dem Probleme offen diskutiert werden. Zusammen die wichtigsten WG-Regeln zu notieren kann auch nicht schaden. Und ja, ein Putzplan ist bieder. Aber nötig. Denn Putzen mag niemand, aber alle mögen's sauber.

WG-KOSTEN TEILEN

KÄSSELI ODER KONTO?

Es ist sinnvoll, die Haushaltskosten – also Lebensmittel, Putzmittel usw. – gemeinsam zu berappen. Die WG-Gschpännli können sich ein Haushaltskässeli anschaffen, in das alle monatlich denselben Betrag einwerfen. Oder sie eröffnen ein gemeinsames Konto. Auch ein Mietkonto kann praktisch sein. Dort zahlen alle ihren Mietbeitrag regelmässig ein, am besten mit einem Dauerauftrag. Ein WG-Mitglied hält die Einzahlungen im Auge und fragt nach, falls ein Mietbeitrag ausbleibt. (mk)

Ab ins Freibad

Wasser, marsch!

Wettermässig geht's diesen Sommer rauf und runter. Für das nächste Wetterhoch weiss work-Autorin Maria Künzli ein paar heisse Badi-Tipps.



FOTO: ISTOCK

Klar: Tolle Badis gibt es viele. Man könnte ein ganzes Buch mit Tipps füllen. Deshalb hier in aller Kürze und Subjektivität vier Freibäder, für die sich auch eine weitere Anreise lohnt.

Strandbad Thun (BE).

Ein Freibad, das alles im Überfluss hat: Wiese, Becken, Natur, Wasser. Badelustige können sich im See abkühlen, in den verschiedenen Becken auspowern und von hoch oben reinspringen – zum Beispiel vom 10-Meter-Turm.

Bio-Badi Biberstein (AG).

Hier wird das Wasser seit über zwanzig Jahren chemiefrei im Öko-Kreislauf aufbereitet. Wer im Bio-Pool schwimmt, fühlt sich

wie ein Goldfisch in einem riesigen Teich mitten in der Natur. Etwas ganz Besonderes! **Strandbad Caumasse (GR).** Das traditionsreiche Bergseebad liegt in wunderschöner Landschaft, und der See besticht durch eine einzigartige, intensive Farbe. Es gibt ein Floss mit Sprungturm und in der Hauptsaison die Möglichkeit, Pedalos zu mieten.

Flussbad Unterer Letten (ZH).

Auch diese Badi hat eine lange Geschichte. Badegäste schwimmen direkt in der Limmat, umgeben von einer wunderschönen historischen Holzkonstruktion. Es gibt einen Sprungbereich mit 3-Meter-Brett und ein kleines Nichtschwimmerbecken.

WORKLESERFOTO



Blumige Strassenkunst

WANN Juni 2023
WO Italien
WAS Blumengeschmücktes Velo
 Eingesandt von Stefan Egger, Schmiten FR

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
 Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

30. Juni 2023 **work** 9

Frankreich: Neun Wochen Streik beim Kinderausrüster Verbaudet

Wer hat Angst vor Manon Ovion?



la suisse existe
 Jean-Luc Zappalà

KRANKENKASSEN-SKANDAL
 Im vergangenen Januar stiegen die Krankenkassenprämien im Landesdurchschnitt um 6,6 Prozent. Für den kommenden Herbst kündigt der Bundesrat eine neuverabschiedete Prämienobergrenzung an. Für viele Tausende von Familien – auch solche mit mittlerem Einkommen – wird die obligatorische Krankenversicherung zum Alibi.

ASTRONOMISCH Die obersten Chefs der grössten Krankenkassen garantieren hingegen astronomische Sätze und üppige Speiseverrichtungen. Die Geschäftsführer der Kassen müssen diese astronomischen Summen offenlegen. Zum Beispiel: Andreas Schwenberger, Chef der Kasse Sanitas, 2022 erhielt er 256 460 Franken. Dabei gehört Sanitas zu den kleineren Kassen. Und Schwenberger soll rechtferdig sich auch nicht durch ausgewiesene Erfahrung im Gesundheitswesen. Vor seinem Eintritt bei Sanitas arbeitete er beim Taldomandier-Salt. Die zehn ersten Kassen-Moguls garantieren allesamt eine grössere Jahresentschädigung als ein Bundesrat. Groupe-Mandat-Chef Thomas Boyer bezahlte 800 000 Franken. Rico Dahlmann von Swiss, Roman Sonderegger von Helvema, Daniel Bodmann von Assura weisen ebenfalls Reizege aus. Die CSJ-Chefin, Philomena Galatella, kommt auf 725 000 Franken Jahresgehalt.

WORK NR. 12 / 30.6.2023: NEUN WOCHEN STREIK BEI VERBAUDET: WER HAT ANGST VOR MANON OVION?

Unglaubliche Geschichte

Das muss man sich einmal vorstellen: Arbeitsbeginn um 4 Uhr 45, daneben Kinder aufziehen und pro Monat gerade einmal 1280 Franken verdienen. Trotz steigenden Preisen! Und als sich die Logistik-Arbeiterinnen mit Streik wehren, schickt der Innenminister brutale Robocops, um den Ausstand gewaltsam zu beenden. Was für eine unglaubliche Geschichte! Und eine sehr aufrüttelnde, denn das ist sicher kein Einzelfall. Und so etwas schimpft sich Demokratie ... Umso bemerkenswerter ist es, dass die Frauen standhaft geblieben sind. Und am Schluss gewonnen haben! Schliesslich zeigt diese Geschichte auch, dass wir, wenn wir Veränderung wollen, eben selber etwas tun müssen. Der für

mich schönste und treffendste Satz in diesem ausserordentlich spannenden Text: «Manchmal hilft eben nur Streik!»

SINA WITTWER, BASEL

Gegen reiche Halunken

Dieser Lohn ist auf jeden Fall zu wenig, wenn man ihn mit den übertrieben reichen Halunken vergleicht. Die uns ja die Probleme machen. Aber es können ja nicht alle Millionen oder Milliarden verdienen. Also ist es wichtiger, dem übertriebenen Reichtum entgegenzuwirken und die Halunken als das darzustellen, was sie sind. Und wenn einer für nicht mehr oder bessere Arbeit 1 Million im Jahr verdient und ein anderer nur 250 000, dann kommt dieser sich schon unfair behandelt vor. Und der Arbeiter mit 60 000 sowieso.

ROBERT ASCHWANDEN, VIA FACEBOOK

Nicht mehr normal

Ich verdiente 1987 ja schon 30 Franken pro Stunde, und die Miete betrug 750 Franken – da war das Leben noch normal ...

MILENA BRACALÈ, VIA FACEBOOK

WORK NR. 12 / 30.6.2023: KRANKENKASSEN-SKANDAL
Schamloses Abkassieren

Der Skandal besteht darin: Das Einkassieren von Prämien aus Obligationen bedarf vermutlich keiner besonderen Anstrengungen und Leistungen. Auch keiner besonderen geschäftlichen Cleverness, auch nicht für die freiwilligen Zusatzversicherungen. Der Prämientopf hat für die Versicherten da zu sein und nicht für die Verwalter.

O. GÖFLIN, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK NR. 12 / 30.6.2023: 141 726 UNTERSCHRIFTEN GEGEN DEN NEUEN PENSIONSKASSENBSCHUSS

Mehr statt weniger Rente!

Die Bürgerlichen wollen einen Rentenabbau, dabei braucht es im Gegenteil gerade eine markante Rentenerhöhung. Die AHV ist eigentlich die zentrale Errungenschaft unserer Demokratie. Sie baut Ungerechtigkeiten ab, es ist das Herzstück der sozialen Schweiz. Die Stärke der Demokra-

tie ist direkt abhängig von einer würdigen Existenz auch im Alter. Die Eliten sehen dies anders: die Angriffe auf die AHV 21 waren erst der Anfang. Rentenaltererhöhungen sind geplant und ebenfalls ein AHV-Renten-Abbau. Gerade jetzt, wo die Lebenshaltungskosten steigen. Besser wäre es jetzt doch, die realen Bedürfnisse der Bevölkerung wahrzunehmen. Das gleiche gilt für die Militärausgaben; besser wäre doch, man würde stattdessen die Kinder und Jugendlichen besser unterstützen, denn die Auslagen für die Kinder sind lächerlich klein im Vergleich zu den massiv steigenden Militärausgaben.

PATRICK GREBER, SAAS FEE VS

WORK NR. 11 / 16.6.2023: BEHÖRDEN DEGRADIEREN ARMUTSBETROFFENE - AUCH HEUTE NOCH!

Eine Frage der Würde

Als langjährige Mitarbeiterin bei ATD Vierte Welt las ich Ihren Beitrag mit grossem Interesse und finde, dass Sie den Bericht über die Studie sehr gut hinübergebracht haben. Danke! Dass Armut weit mehr als eine Frage des Geldes, nämlich eine Frage der Würde ist, muss dringend erkannt und bekanntgemacht werden.

KATHARINA ZBINDEN, DÜDINGEN FR

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch
 Postfach, 3000 Bern 16



Der Mix passt: Im Modegeschäft ist **Karin Briggen** (42) Tätschmeisterin, berät aber auch Kundinnen

Vom Partygirl zur Vollblutverkäuferin

Für alle das richtige Outfit finden und noch Zeit haben für einen Schwatz: das ist Filialleiterin Karin Briggen. Am meisten gelernt, sagt sie, habe sie als Unterwäscheverkäuferin.

CHRISTIAN EGG | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

«Jupi, mein Holländer ist da», ruft Karin Briggen. Strahlt und beschleunigt ihre Schritte durch das Bälliz, die Thuner Einkaufsmeile. Hier will sie dem work-Reporter ihren Arbeitsplatz zeigen, die Filiale der Modekette Only. Aber zuerst kommt der Holländer dran. Den Mann im Übergwändli hat sie sehlichst erwartet, denn seit gestern ist die Klimaanlage defekt. Und das an einem heissen Sommertag!

Briggen begrüsst ihn wie einen alten Freund, plaudert mit ihm auf englisch, wechselt zwischendurch sogar ins Holländische. Und stellt erleichtert fest: Drinnen ist es wieder kühl. Und nicht 28 Grad wie tags zuvor.

Seit Anfang Jahr arbeitet die 42jährige hier als Filialleiterin. Etwa die Hälfte der Zeit verbringe sie als Tätschmeisterin für die neun Mitarbeiterinnen, sagt sie, mache Einsatzpläne und andere Büroarbeiten. Die andere Hälfte sei sie selber am Verkaufen. Zwar sagt sie, diesen Mix fände sie perfekt. Aber ihr Herz, das wird deutlich, schlägt für den Verkauf. «Wenn jemand sagt, ich gehe an eine Hochzeit oder an eine Party, was hast du mir – dann bin ich voll im Element. Oder auch, wenn eine Stammkundin nur hurtig für einen Schwatz reinkommt. Genau das liebe ich an diesem Job!»

Und dann die Kleider. Farblich, für jeden Typ etwas – «total coole Sachen». Das fange schon beim Auspacken der neuen Waren an, wenn eine Kollegin der anderen die tollsten Teile zeige. «Das gibt Power!»

EXPERTISE. So richtig gelernt hat Briggen das Verkaufen an ihrer vorhergehenden Stelle: 15 Jahre war sie Filialleiterin bei der Unterwäsche- und Bademodekette Beldona. Da habe sie viel dazugelernt in Sachen Kommunikation und Psychologie. Das Ziel einer guten Verkäuferin sei nicht, der Kundin etwas anzudrehen, sondern ihr das richtige Produkt zu geben. Gerade bei Unterwäsche sei das wichtig, sagt Briggen, denn: «Zu uns kamen viele Frauen, die beim Wäschekauf schlechte Erfahrungen gemacht hatten oder mit wenig Selbstbewusstsein, was ihren Körper angeht.» Oft habe sie schon von weitem gesehen: Diese Frau trägt den falschen BH, der kann gar nicht bequem sein. Solchen Frauen dann das richtige Modell zu finden und zu erleben, wie sie happy den Laden verlassen: «Das ist so ein schönes Erlebnis!»

Jetzt schmunzelt Karin Briggen und sagt: Wenn ihr als Jugendlicher jemand gesagt hätte, dass sie mal als Filialleiterin arbeiten würde, sie hätte die Person für verrückt gehalten. «Ich war im Partyrausch, wollte das Leben geniessen.» Sie

war keine gute Schülerin, machte nach einem zehnten und elften Schuljahr ohne viel Begeisterung eine Lehre als Lebensmittelverkäuferin, wechselte ein paar Jahre später zu H&M. Dort habe sie dann angefangen, sich für das Business zu interessieren, mehr und mehr «driigschnuret» und Lust bekommen, Verantwortung zu übernehmen.

ALBTRAUM. Und tatsächlich: Mit 25 Jahren bekam sie bei einer anderen Modekette den Job als Filialleiterin. Doch von Traumjob keine Spur. Ein Jahr habe sie dort gearbeitet, konnte aber gerade mal eine Woche Ferien machen. Von Anfang an sei ihr klargemacht worden: Du wolltest die Stelle, jetzt musst du zeigen, was du kannst. «Ich war der Tubel für alles», so Briggen. «Vom WC-Putzen bis zum Lämplichwecheln musste ich alles machen.» Und das zu einem Lohn von 3500 Franken brutto im Monat! Heute sagt sie: «Ich war naiv. Ein Glück, dass ich schon bald zu Beldona wechseln konnte. Dort war auch der Lohn um einiges besser.»

Miese Löhne für Filialleiterinnen, das komme in der Modebranche oft vor, weiss Unia-Mitglied Briggen: «Ich kenne mehrere, die brutto nur knapp über 4000 Franken erhalten. Das ist doch eine Katastrophe!» Ihren genauen Lohn bei Only will sie nicht verraten, sagt aber: «Für mich haben alle, die voll arbeiten, einen Monatslohn verdient, der mit einer Vier anfängt. Bei einer Filialleiterin muss eine Fünf vornedran stehen. Mindestens! Etwas anderes würde ich nicht mehr unterschreiben.»

FLEX-VERTRÄGE. Die tiefen Löhne und die unregelmässigen Zeiten machten die Ar-



beit im Detailhandel unattraktiv, sagt Briggen. In letzter Zeit sei noch etwas dazugekommen: Es gebe kaum mehr Stellen mit fixen Prozentsätzen, oft müssten die Mitarbeitenden zwischen 30 und 70 Prozent «flexibel» sein. Aber für Leute mit Kindern sei das nicht machbar: «Die müssen doch im voraus wissen, wann sie eine Betreuung brauchen. Und wie viel Geld sie Ende Monat auf dem Konto haben!»

Sie weiss auch, wann diese Praxis Einzug gehalten hat: mit den Einschränkungen während der Corona-Pandemie. Da

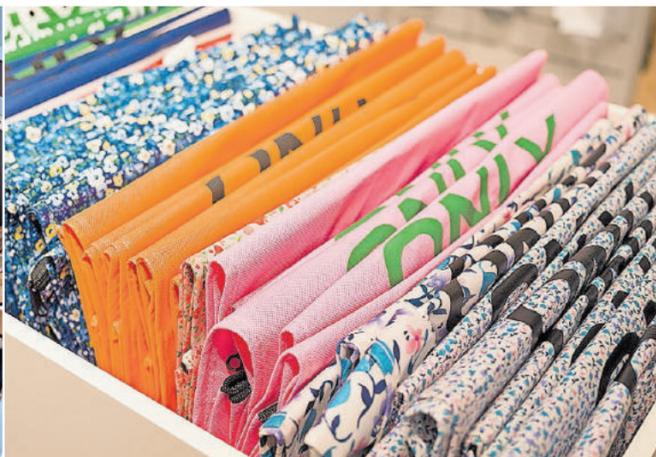
hätten alle Firmen gemerkt, dass für sie so die Planung viel einfacher werde – und offenbar genügend Leute keine andere Wahl gehabt hätten, als solche schlechten Verträge zu akzeptieren.

Und ja, ihre Filiale sei da keine Ausnahme: Drei bis fünf Leute brauche es gleichzeitig im Laden. Sie habe aber nur zwei mit einem fixen Lohn, dazu sieben Aushilfen mit flexiblem Pensum. Zum Planen sei das für sie als Chefin natürlich total praktisch. «Aber als Mensch verstehe ich alle, die das nicht wollen.»

KARIN BRIGGEN TECHNO & TURTLES

Was Karin Briggen an ihrem Job liebt, macht ihr auch in der Freizeit Freude: Zeit mit Menschen zu verbringen. Sei es mit Kolleginnen, Freunden oder der Familie – Mutter und Bruder wohnen beide in der Nähe. Gern geht's auch mal zum Tanzen in einen Techno-Club. Was sie auch liebt: die Sonne. «Für mich bräuchte es keinen Winter», sagt sie und lacht. In Thun sei sie deshalb oft in der Badi anzutreffen, in den Ferien zieht es sie in den Süden. Etwa nach Gran Canaria – die Insel ist als Tattoo auf ihrem Unterarm verewigt – oder nach Italien.

UNIA? KLAR! Briggen lacht nochmals und sagt, demnächst starte sie einen Italienischkurs. «Damit ich auch dort alle zBode schnure kann.» Die 42jährige lebt in Steffisburg BE mit ihrem Freund, einem Herrenmodeverkäufer, und den zwei «Turtles» (Schildkröten) Lu und Mo. Unia-Mitglied ist sie seit 2011. Damals habe ein Unia-Sekretär sie am Arbeitsplatz angesprochen. «Da habe ich begriffen: Es bringt nichts, wenn ich nur ausrufe über Dinge, die mich stören – ich muss auch versuchen, sie zu ändern!»



AUFBÜGELN UND ARRANGIEREN: Auch wenn sie längst Filialleiterin ist, macht Karin Briggen die Arbeit im Laden immer noch am meisten Freude.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Darja Knežević, darjaknezevic@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Daniel Behuzzi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, David Gallusser, Marius Käch, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.